

UNIA **DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.**

work

Langnau ZH: Mietenden-Aufstand gegen die Zurich-Versicherung. Seite 5

**LMV-Erneuerung wird
kein Sonntagsspaziergang. Doch:**

Büezer sind Kämpfer

**Alles zu den grossen
Bau-Demos. Seite 3**

FOTOS: MANU FRIEDERICH / NICOLAS ZONNI / IMAGO

Endlich vorwärtsmachen!

Die Unia-Industriekonferenz zum lausigen Kündigungsschutz. Seite 9

Endlich aufhören damit!

Rassistische Vorfälle im Job und in der Schule dramatisch gestiegen. Seite 13

Ratgeber: eins, zwei... Stifti!

Jetzt beginnt für Tausende Junge die heisse Phase der Lehrstellensuche. work hat die 10 goldenen Regeln.

Seite 16–17





PRIMITIVOS NOTAR

Primitivo starb am 6. Dezember 1982 im Spital Langenthal. Ein Schalungselement hatte den 61jährigen Maurer erschlagen. Doch im lokalen Anzeiger erschien keine Todesanzeige. Niemand schien den Saisonnier Juan José Pérez Martínez aus Spanien zu vermissen. Ausser einer. Damals Maurerlehrling, selbst mit spanischen Wurzeln. Jahre später schrieb der inzwischen Schriftsteller gewordene Pedro Lenz ein Buch über den Baubüezer «Primitivo», wie ihn alle nannten. Der Stift und der Saisonnier

Noch immer ist die Arbeit auf dem Bau eine gefährliche Knochenarbeit. verbringen viel Zeit miteinander, auf der Baustelle, aber vor allem in Primitivos einfachem Zimmer, das dieser im wirklichen Leben auf dem Firmengelände der Willy Bösiger AG bewohnte (work berichtete: rebrand.ly/bueezer-primitivo).

DIE VERGEBLICHE SUCHE. Der Stift, im Buch heisst er Charly, weiss auch von der Abneigung von Primitivo gegenüber den Banken. Weil der weitgereiste Spanier in Uruguay einen Banken-Crash erlebt und sein ganzes Vermögen verloren habe. Deshalb das Geld unter Primitivos Matratze, im Buch sind es 70 000 Franken, in Wirklichkeit wohl deutlich weniger, verteilt auf zwei Konten. Aber dennoch der Grund, wieso sich ein anderer Mann aus einer ganz anderen Branche an Primitivo erinnert: ein Notar. Seit über 40 Jahren sucht er nach José Pérez’ Verwandten. Um ihnen das von Primitivo auf dem Bau erchrampfte Geld zu übergeben. Doch bisher vergeblich, wie der «Beobachter» jüngst berichtet.

DAS LETZTE INSERAT. Dabei hat der Notar unzählige Briefe geschrieben, die Schweizer Botschaft in Madrid kontaktiert, sogar Recherchen vor Ort angestellt. Doch nun ist Schluss, der Notar geht in Pension. Und deshalb hat es jetzt doch noch eine Anzeige über Saisonnier José Pérez in den lokalen Anzeiger geschafft. Der finale Erbaufruf: «Der Verstorbene ist ledig und kinderlos verstorben», steht darin. «Er hat keine Verfügung von Todes wegen hinterlassen, so dass die gesetzliche Erbfolge gilt. Es sind keine gesetzlichen Erben des Verstorbenen bekannt.»

DER TRAGISCHE UNFALL. Die Welt hat sich seit Primitivos tödlichem Unfall vor über 40 Jahren verändert, gewiss. Doch noch immer ist die Arbeit auf dem Bau gefährliche Knochenarbeit. Noch immer sterben in der Schweiz fast jeden Monat zwei Baubüezer. So auch Djavid Veliu (1969–2025). Seine Familie ist erschüttert. Und wütend. Auf die Baufirma, die so tut, als wäre nichts gewesen. Die keinerlei Mitgefühl zeigt, keine Hilfe anbietet. Und auf Teufel komm raus weiterchrampfen lässt (diese Seite).

DER SVP-WAHN. Das Saisonnierstatut, das Menschen zu Arbeitstieren degradierte, Familien auseinanderriess und Büezer wie Primitivo vereinsamen liess, ist zwar inzwischen abgeschafft. Doch es geistert in SVP-Köpfen noch immer rum – aktuell mit der gefährlichen «10-Millionen-Schweiz-Initiative» – zusammen mit weiteren Scheinrezepten gegen die Zuwanderung (Seite 7). Denn die Zuwanderung muss aus ihrer Sicht um jeden Preis beschränkt werden, da die «Ausländer» schuld sein sollen an überkauften Wohnungen (Seite 5), verstopften Trams und explodierenden Krankenkassenprämien. Unklar bleibt dabei: Wer baut die Schweiz, damals und heute, wenn nicht Menschen aus Portugal, Italien, vom Balkan und aus Spanien?

Unfalltod von Unia-Baubüezer Djavid Veliu (1969–2025)

«Papa hielt noch den Hammer in der Hand»

Noch fünf Jahre wollte Djavid Veliu als Bauarbeiter durchhalten – trotz immer mehr Druck, Gebrechen und Samstagsarbeit. Jetzt hat ihn ein Kranunfall frühzeitig aus dem Leben gerissen. Was dann passiert, schockiert seine Angehörigen gleich doppelt.

JONAS KOMPOSCH
Weisse Kerzen, Blumen, ein gerahmtes Erinnerungsfoto und ein Kärtchen mit der Überschrift «In stiller Trauer» – all das hatten Angehörige von Djavid Veliu (†55) am Absperrgitter der Grossbaustelle San Siro in Ostermündigen BE niedergelegt. Dort sollen schon im nächsten Frühjahr 136 neue Wohnungen bezugsbereit sein. Doch noch befinden sich die sechs Wohnblocks erst im Rohbau. Gefragt ist also Tempo – und nicht Innehalten für einen verstorbenen Kollegen. Jedenfalls wurde die Gedenkstätte für Djavid Veliu vor wenigen Tagen spurlos entfernt. Von wem, wissen seine Hinterbliebenen nicht. Doch es scheint ganz, als ob nichts daran erinnern sollte, was hier am 26. März geschehen ist.

Umso grösser ist das Bedürfnis der Angehörigen, sich öffentlich zu äussern. Zumal sie von den bisherigen Medienberichten enttäuscht sind. «Ein Mann verletzte sich bei einem Sturz schwer. Er verstarb im Spital», rapportierte etwa «20 Minuten». Arbresha Veliu (31) kommen die Tränen, wenn sie diesen Satz erneut liest. Die Tochter des Verstorbenen sagt: «So müssen die Leute doch denken, mein Vater sei selbst verschuldet gestürzt!» Zwar kenne auch sie den genauen Unfallhergang noch nicht. Die Staatsanwaltschaft ermittle noch. Doch auf der Baustelle kursiere jedenfalls eine ganz andere Version als in den Medien.

KRAN TOUCHIERT KRAN
Nämlich folgende: Kurz vor 8.15 Uhr touchiert ein Kran mit seiner Ladung einen zweiten Kran. Dessen Ladung wiederum



GROSSBAUSTELLE SAN SIRO: Hier kam es zum tragischen Unfall, der Büezer Djavid Veliu das Leben kostete. FOTO: ZVG

schwenkt in der Folge Richtung Djavid Veliu. Dieser sieht die Gefahr nicht kommen, sondern wird rücklings getroffen und von der 3,5 Meter hohen Brüstung geschleudert. Tochter Arbresha sagt: «Als sie Papa auf dem Betonboden gefunden haben, hielt er noch seinen Hammer in der Hand.» Das passe zur Einschätzung der behandelnden Ärztin. «Sie sagte uns, dass Djavid schon beim Schlag durch die Kranladung das Bewusstsein verloren haben müsse.» Die Dia-



BÜEZER, VATER UND EHEMANN: Die Gedenkstätte für den verstorbenen Djavid Veliu wurde spurlos entfernt. FOTO: ZVG

gnose: schweres Schädel-Hirn-Trauma und diverse Brüche am ganzen Körper. Djavid Veliu wird im Inselspital in ein künstliches Koma versetzt, doch die Verletzungen sind zu schwer, elf Tage später stirbt er. Er hinterlässt eine Frau, drei Kinder und vier Grosskinder. Für Arbresha bricht eine Welt zusammen. Auf den Schock folgt tiefe Trauer. Aber auch Wut. Denn die Firma ihres Vaters meldet sich erst, als dieser bereits tot ist. Genesungswünsche oder Unterstützungsangebote während der Spitalzeit hielt der Arbeitgeber offenbar für unwichtig.

Dann schleichen sich bei Arbresha auch noch Schuldgefühle ein. Sie erklärt: «Mein Vater war sich für nichts zu schade und hat immer alles gegeben. Nur damit wir Kinder es einmal besser haben als er. Jetzt hat er dafür sogar sein Leben gelassen.»

SCHON ALS KIND GEARBEITET
Auch Kendim Mehmeti (36), der Mann von Arbresha Veliu, ist gezeichnet vom Todesfall. Er half der Familie mit der Organisation der Trauerfeier und setzte sich mit der Unia in Verbindung, um sich über die Rechte und Pflichten bei Arbeitsunfällen zu informieren.

Kollaré ist ein kleines Dorf in Nordmazedonien. Als aber Djavid Veliu dort eingesetzt wird, kommt es zum Grossauflauf, drei Tage lang. Auch Persönlichkeiten aus Politik und Kultur erweisen ihm die letzte Ehre. Mehmeti erklärt: «Djavid war sehr respektiert, auch weil er sich für die Rechte der albanischen Minderheit in Mazedonien engagiert hat.» Dabei sei neben der Arbeit eigentlich kaum Zeit für Politik geblieben. Tochter Arbresha sagt: «Um die Familie zu unterstützen, musste Papa schon als Kind arbeiten gehen.» Später wird er Elektroingenieur. Doch dann zerfällt Jugoslawien. Noch bevor der Krieg ausbricht, geht Veliu nach Italien und arbeitet als Maurer und gründet bald sogar sein eigenes Baugeschäft. Parallel dazu wird er Vater; doch die drei Kinder und seine Frau müssen in Mazedonien bleiben. «Am Anfang sahen wir uns nur in den Ferien», erzählt Arbresha. 1998 ist endlich Schluss damit.

«ER SAGTE NIE NEIN»
Djavid Veliu, mittlerweile Italiener, holt die ganze Familie zu sich nach Rom. Doch auf dem Stiefel kriselt’s, Korruption und Schwarzarbeit grassieren. Veliu zieht weiter in die Schweiz. Zunächst hat er kein Glück hier. Ein Berner Meister betrügt ihn und macht sich dann durch Konkurs aus

Hochrisikozone Bau: Fast zwei Tote pro Monat – schwere Unfälle nehmen zu

Schweizer Baustellen sind nach wie vor Hochrisikozonen. Laut dem Baumeisterverband verunfallt jeder vierte Arbeiter im Lauf eines Jahres. Die Suva zählt über 50 000 Baustellenunfälle pro Jahr. Rund 20 davon enden tödlich. Heisst: Alle zweieinhalb Wochen stirbt ein Büezer oder eine Büezerin auf einer Schweizer Baustelle. Und noch ein Fakt: Die Bauleute tragen das zweithöchste Berufsunfallrisiko aller Branchen. Noch höher ist das Risiko nur im Profisport.

STEIGENDER DRUCK. Das zeigt die Unfallstatistik der Suva. Besonders alarmierend: Die Wahrscheinlichkeit, einen schweren Unfall zu erleiden (mindestens drei Monate Arbeitsunfähigkeit), ist in den letzten zehn Jahren massiv gestiegen – und zwar im Hochbau, im Tiefbau wie auch im Ausbaugewerbe. Für Chris Kelley, Co-Leiter Bau der Unia, steht diese Entwicklung in direktem Zusammenhang mit dem steigenden Druck und den langen Arbeitstagen. Kelley fordert daher für den neuen LMV: «Es braucht endlich kürzere Arbeitstage, und die Belastung auf den Baustellen muss reduziert werden. Das ist nicht nur wichtig für das Familienleben der Bauleute, sondern auch für ihre Arbeitssicherheit.» (jok)

dem Staub. Auch seine Familie muss Veliu abermals zurücklassen. Erst 2015 gelingt erneut die Vereinigung. Endlich läuft’s auch beruflich. Veliu tritt der Unia bei, kommt in einem familiären Baugeschäft unter – und brennt für die Firma, als wäre es seine eigene. Tochter Arbresha sagt: «Er sagte nie Nein, sondern arbeitete oft auch samstags.» Mehmeti ergänzt: «Als sie den Zuschlag für das Grossprojekt in Ostermündigen erhielten, freute er sich extrem.» Zugleich scheint Veliu eine böse Vorahnung zu haben.

ARZT HAT GEWARNT
Fünf Jahre vor der geplanten Frühpensioenierung tut er nämlich, was er noch kaum je getan hat: Er geht zum Arzt. Für diesen sei der Fall klar gewesen, erzählt Arbresha: «Er sagte meinem Vater, sein Körper brauche dringend eine Pause.» Der Arzt habe ihn sogar drei Monate krankschreiben wollen. Doch das kommt für Veliu nicht in Frage. Er chrampft weiter. Doch kurz darauf reisst ihn ein Albtraum aus dem Schlaf. Tochter Arbresha sagt: «Er träumte, dass er geschlagen wird.» Zwei Tage später wird er von der Kranladung erfasst.

10 000 an den Bau-Demos in Zürich und Lausanne

Baubüezer machen klare Ansage



Trommeln, Pfeifen und ein rotes Fahnenmeer um die blaue Limmat – am Samstag war Zürich in Bauarbeiterhand! Aus der ganzen Deutschschweiz und dem Tessin waren die Kolleginnen und Kollegen angereist. Gleiches Bild in Lausanne, wo sich die Bauleute der Romandie und des Wallis versammelten. Die Gewerkschaften Unia und Syna zählten über 10 000 Teilnehmende.

Die Hauptforderung haben wie drüben: familienfreundlichere Arbeitszeiten! Konkret soll die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden nicht mehr

Ob ihnen ein heisser Herbst bevorsteht, haben die Baumeister selbst in der Hand.

überschreiten. Zudem soll die Reisezeit endlich voll bezahlt werden. Heute zählt die Reisezeit vom Betrieb zur Baustelle nicht zur Arbeitszeit – obwohl es das Gesetz anders vorsieht! Und eine halbe Stunde Reisezeit pro Tag wird gar nicht bezahlt. Auch der ausufernden Samstagsarbeit wollen die Gewerkschaften einen Riegel schieben – durch eine Verdoppelung der Zuschläge und eine Bewilligungspflicht. Schliesslich soll auch eine viertelstündige Znüni-pause künftig zum vollen Lohn entschädigt werden – so wie das in vielen Büroberufen längst üblich ist und neuerdings auch im Gerüstbau gilt. All das soll der neue Landesmantelvertrag (LMV) regeln. Die Verhandlungen beginnen demnächst.

UND DIE MEISTER?
Was aber den Meistern diesmal vorschwebt, weiss man noch nicht. In den Sondierungsgesprächen hielten sie sich bedeckt. Doch Unia-Co-Bauchef Nico Lutz erinnerte in Zürich daran, dass der Baumeisterverband in der Vergangenheit jeweils noch längere Arbeitstage, noch mehr Überstunden und selbst Lohnkürzungen für ältere Arbeiter forderte. «Damit wären die bestehenden Probleme wie Stress und Fachkräftemangel bloss verschärft worden», so Lutz. Doch die organisierten Bauleute wussten sich stets zu wehren. Und auch diesmal scheinen sie nötigenfalls in die Vollen zu gehen. Den lautesten Applaus erhielt in Zürich jedenfalls ein Buezer, der seine Rede mit folgenden Worten schloss: «Heute sind wir an einem Samstag hier. Aber wenn wir in den Verhandlungen nicht das bekommen, was uns zusteht, dann demonstrieren wir nächstes Mal halt an einem Arbeitstag. Dann streiken wir!» Ob ihnen ein heisser Herbst bevorsteht, haben die Meister also selbst in der Hand. Und auch Spielraum haben sie reichlich: Noch nie waren die Bauinvestitionen in der Schweiz so hoch wie 2024. Und die Prognosen zeigen weiter nach oben.

JONAS KOMPOSCH

ROTE STRASSEN IN ZÜRICH UND LAUSANNE: Buezerinnen und Buezer aus der ganzen Schweiz haben am Samstag gezeigt, dass sie den Baumeistern als starke Einheit entgegentreten. FOTOS: MANU FRIEDERICH (ZÜRICH)/ LUCAS DUBUIS (LAUSANNE)

Gastro-GAV im Köcher

BERN. Endlich kommt wieder Bewegung in den Landes-Gesamtarbeitsvertrag des Gastgewerbes (L-GAV)! Die Vertragspartner haben sich darauf geeinigt, ab dem vierten Quartal 2025 die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Unia konnte zudem erreichen, dass für die kommenden zwei Jahre die Mindestlöhne analog der Teuerung steigen. Der aktuelle L-GAV wurde seit 2017 nicht erneuert. Verantwortlich dafür war die Blockade-Haltung von Ex-Gastrouisse-Präsi Casimir Platzer. Er störte sich so sehr an den Mindestlohn-initiativen der Gewerkschaften, dass er mit diesen nicht einmal mehr reden wollte.

Historischer Streik in der Ford-Fabrik

KÖLN. In der 100jährigen Geschichte der Ford-Werke in Deutschland kam es letzte Woche erstmals zu einem ganztägigen Streik. Grund sind drastische Sparpläne: Der US-Konzern will bis Ende 2027 fast 3000 von



Erster Streik bei Ford. FOTO: KEYSTONE

11.500 Stellen in Deutschland abzubauen. Die Gewerkschaft IG Metall fordert hohe Abfindungen für Mitarbeitende, die kündigen oder zu einem externen Dienstleister wechseln. Die IG Metall und das Management konnten sich nun einigen. Noch nicht bekannt ist dagegen, wie viele Stellen gerettet werden.

Security-Firma b.i.g. am Abgrund

BASEL. Hauptsache billig: Gemeinden, Kantone und sogar der Bund delegieren mehr und mehr Sicherheitsaufgaben an fragwürdige private Firmen. Eine Security-Firma mit besonders vielen öffentlichen Aufträgen steht jetzt kurz vor dem Aus: Die Firma b.i.g. aus Basel hat laut SRF die März- und Aprillöhne nicht bezahlt. Eine SRF-Journalistin wurde undercover in die Firma eingeschleust, wo der Bschiss aufflog. Gut 130 Mitarbeitende müssen jetzt das Versagen der Chefs ausbaden. Die Unia ruft ihre Mitglieder auf, sich möglichst rasch bei ihrer Sektion zu melden.

Extreme Rechte legt zu

LISSABON. Wegen Korruptionswürfen rief der portugiesische Premier Luís Montenegro auf den 18. Mai Parlamentswahlen aus. Es war der dritte Umengang in bloss drei Jahren – und hat sich für Montenegro gelohnt. Seine konservative Parteiallianz legte leicht zu und holte einen Drittel aller Stimmen. Die Sozialisten, die bis 2024 regiert hatten, verloren abermals und liegen noch bei 23 Prozent. Und damit äusserst knapp vor der extrem rechten Chega-Partei, die die stärksten Zugewinne verbucht. Sie könnte die Linke gar noch überholen, denn die Stimmen der Auslandsportugiesen werden erst am 28. Mai ausgezählt. Und zumindest 2024 schnitt Chega in der Diaspora am besten ab.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Thurgauer Küchenbauer: Geld und Geduld gehen aus



SCHLUSS MIT DEM LOHNKLAU: Die Forster-Mitarbeitenden fordern bei einer Protestaktion mit der Unia den Rücktritt der aktuellen Firmenleitung. FOTO: UNIA

Seit fast einem Monat warten die 135 Mitarbeitenden des Küchenbauers Forster Swiss Home in Arbon TG auf ihren Aprillohn. Die Firmenleitung hat die Lohnzahlung wiederholt versprochen und dann doch nie getätigt. Einigen Mitarbeitenden geht nun das Geld aus. Sie haben mithilfe der Unia Betreibungen eingeleitet. Zudem überreichte die Unia der Geschäftsleitung einen Protestbrief, der von fast der gesamten Belegschaft unterzeichnet wurde. Die Forderung: Nachlassstundung und Rücktritt der Geschäftsleitung!

Der Nachlassstundung hat der Verwaltungsrat letzte Woche zugestimmt. Auch ein unabhängiger Sachverwalter wurde vorgeschlagen. Eine Nachlassstundung würde das Unternehmen während vier Monaten vor Betreibungen und Schuld-

vollstreckungen schützen und könnte das Unternehmen vor dem Ruin bewahren. Das Bezirksgericht in Arbon darf der Nachlassstundung jedoch nur zustimmen, wenn eine Sanierung realistisch ist. Gelingen soll diese mithilfe des Minderheitsaktionärs Giovanni Cerfeda (70). Der Winterthurer Architekt und Immo-König stellt eine Bankgarantie von über 1,8 Millionen Franken in Aussicht. Mit dem Geld könnten Löhne und Rechnungen beglichen und der Betrieb weitergeführt werden.

Wie die «Thurgauer Zeitung» berichtet, ist das Versprechen von Cerfeda jedoch an eine Forderung geknüpft: Auch er will den Rücktritt des aktuellen Führungstrios mit VR-Präsident Max Müller, CEO Andreas Sandmann und Finanzchefin Ipek Demirtas.

Misslungene OECD-Steuerreform

Konzerne können dort ihre Steuern zahlen, wo die Steuersätze am tiefsten sind – und nicht dort, wo produziert wird. Das Resultat: wegfallende Steuereinnahmen und ein Flickenteppich an nationalen Steuergesetzen. Nach jahrzehntelangem Ignorieren haben die OECD-Staaten verstanden, dass der Steuerdumping-Wettbewerb ein Irrweg ist. Daher haben sie eine Reform des internationalen Steuerregimes beschlossen. Die Schweiz hat bei den OECD-Verhandlungen dafür gesorgt, dass die Mindeststeuer nur 15 Prozent beträgt. Ganz verhindern konnten die Steuerdumper-Länder – zu denen die Schweiz gehört – die Reform allerdings nicht. Aber sie möglichst im Interesse der betroffenen Multis umsetzen, das konnten sie schon. Und das hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit in Bundesbern dann auch gemacht. Mehreinnahmen aus Steuern fliessen zu 75 Prozent an die Kantone und nur zu 25 Prozent an den Bund. Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien forderten stattdessen eine Fifty-fifty-Aufteilung. Mit gutem Grund: Denn den Kantonen geht es finanziell gut. Sie rechnen sich bei den Budgets arm, um Anliegen der Bevölkerung als «zu teuer» abzutun.

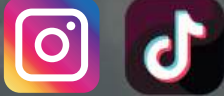
Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/OECDReform

Freisinnige greifen Hilfswerke an

Die FDP will mit einer neuen Motion den Hilfswerken ans Spendengeld. Betroffen wären unter anderem die Krebsliga, die Landfrauen, die Paraplegikerstiftung und das Rote Kreuz. Das Ziel der FDP ist klar: Sie möchte Umwelt- und Menschenrechtsorga-

Baubüezer spricht Klartext: «Werden behandelt wie Tiere!»

10 000 Bauleute sind auf die Strasse gegangen und haben lautstark für bessere Arbeitsbedingungen demonstriert (siehe auch Seite 3). Im Video-Interview mit der Unia haben die Buezer erklärt, was sich in ihrer Branche ändern muss. Darunter auch der 26-jährige Emanuel (im Bild): «Wir haben oft nicht einmal 12 Stunden Ruhezeit, keine Pause, keine Zeit zum Essen. Wir werden behandelt wie Tiere.» Das sind die Reaktionen auf Tiktok.



@workzeitung

Es ist dringend nötig, dass unsere Arbeitskultur angepasst wird. Unser Leben besteht nur aus Arbeit. Das ist himmeltraurig.
Emilia Leonao

Ich verstehe sowieso nicht, wieso Bürogummis mehr verdienen als diejenigen, die schwitzen und sich dreckig machen.
Jxrdicxbett

Ich mache nichts anderes als arbeiten und schlafen. Aber ich bin trotzdem im Minus.
User_091721

Mindestens sieben Wochen Ferien und 5000 Franken Lohn!
Ad. Almin

Ich finde es super, dass ihr euch einsetzt. Hoffentlich ändert sich bald etwas.
Part

Und was ist mit der Gastro? Wir haben keine Pausen und keine freien Wochenenden!
Fredolamare

Das kenne ich auch von der Arbeit im Spital.
Genöckenflöken



nisationen zum Schweigen bringen. Beat Walti reichte im Namen der FDP-Fraktion eine Motion ein mit dem heuchlerischen Titel «Stärkung der Gemeinnützigkeit steuerbefreiter Organisationen». In Wahrheit zielt der Vorstoss auf genau das Gegenteil: Gemeinnützige Organisationen sollen sich politisch nicht mehr äussern. Die Motion verlangt, dass steuerbefreite Organisationen «genauer beobachtet werden und allenfalls mindestens teilweise ihre Steuerbefreiung verlieren». Sollten Organisationen regelmässig Beiträge von mehr als 50 000 Franken an politische Kampagnen leisten, wäre die Steuerbefreiung ebenfalls hinfällig. Das heisst: auch die Spenderinnen

und Spender könnten ihre Spenden nicht mehr von den Steuern absetzen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/WutmotionFDP

Unia-Anwalt kämpft gegen Lukaschenko

Seit drei Jahren gibt es in Belarus keine freien Gewerkschaften mehr. Langzeitherrscher Alexander Lukaschenko liess sie zerschlagen, weil sie an den Massenprotesten teilgenommen hatten und den russischen Krieg gegen die Ukraine kritisierten. Dut-zende Gewerkschaftskader und -akti-

vistinnen sitzen in Straflagern. Viele von ihnen sind ohne anwaltschaftliche Vertretung, da Juristinnen selbst Repression droht, wenn sie «Extremisten» beistehen. Umso wichtiger ist die Unterstützung aus dem Ausland, wie sie der Unia-Anwalt Vadim Drozdov leistet. Drozdov stammt selbst aus Belarus – und hat schon viele inhaftierte Gewerkschafterinnen verteidigt. Im work-Interview erklärt er, warum die belarussische Protestbewegung darniederliegt und wie den Inhaftierten von hier aus geholfen werden kann.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/drozdov

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!



MASSENKÜNDIGUNG WEGEN TOTALSANIERUNG: Fredi König und Susan Ponti in der Vita-Siedlung, auf der Schaukel sitzt Pontis Tochter Lena. FOTO: NICOLAS ZONVI

DIE FAKTEN:
IMMER HÖHERE PREISE TROTZ LEERSTÄNDEN

Nicht nur in den Städten und Tourismusregionen ist die Wohnungssuche schwierig. Wegen des Bevölkerungswachstums, des zunehmenden Wohnflächenverbrauchs pro Person sowie Airbnb und Business-Apartments steigt die Nachfrage nach Wohnungen in der Schweiz weiterhin an. Zwischen 2020 und 2024 ist die Leerstandsquote von 1,72 Prozent auf 1,08 Prozent gesunken. Doch auch höhere Leerstandsquoten in den letzten zehn Jahren haben nicht zu sinkenden Preisen geführt. Im Gegenteil: Die durchschnittlichen Mietpreise legten zwischen 2000 und 2024 um 38 Prozent zu und übertrafen damit sowohl die Inflation als auch das Lohnwachstum deutlich. Mehr über die Geschichte des Wohnens in der Schweiz: rebrand.ly/wohnen-wird-luxus. (isc)

Riesen-Rausschmiss in Langnau ZH: Susan Ponti (40) und Fredi König (62) halten dagegen

Gemeinsam gegen die Zurich Invest AG

Die Zurich-Versicherung plant die Totalsanierung einer Siedlung mit 284 kostengünstigen Wohnungen im Zürcher Sihltal. Doch die Mieter und Mieterinnen wehren sich gegen die Massenkündigung.

IWAN SCHAUWECKER

Im März erhielten die 284 Mietparteien der Vita-Siedlung in Langnau ZH von der Hausverwaltung einen eingeschriebenen Brief. Der Inhalt: die Kündigung ihrer Wohnungen per Ende September 2025. Fredi König war geschockt! Seit 1992 lebt der gelernte Maschinenschlosser und Informatiker in einem Hochhaus der Siedlung, und seine drei Kinder sind hier aufgewachsen. Er sagt: «Ich komme aus der Stadt Zürich, aber

das hier ist meine zweite Heimat, hier leben meine Kinder und auch meine Enkel!»

MASSENKÜNDIGUNG OHNE RÜCKSICHT

Nach dem Skandal um die Sugus-Häuser in der Stadt Zürich war es also auch im Zürcher Sihltal so weit: eine Massenkündigung ohne Rücksicht auf Verluste! In diesem Fall ist die Besitzerin nicht eine reiche Erbin, sondern die Bank der Zurich-Versicherung, die Zurich Invest AG. Und er, Fredi König, 62-jährig und seit zwei Jahren arbeitslos, ein Direktbetroffener.

«Die Menschen haben geweint.»

SUSAN PONTI, MITGRÜNDERIN IG VITA-SIEDLUNG

König sagt: «Gerüchte über die Totalsanierung der Gebäude, die in den 60er Jahren gebaut wurden, gab es schon seit vielen Jahren. Und es muss auch etwas gemacht werden, aber mit dieser Massenkündigung ohne jegliche Vorinformation zum Bauprojekt haben wir nicht gerechnet.»

ÄNGSTLICHE STIMMUNG IM QUARTIER

Auch die gelernte Wirtschaftsinformatikerin Susan Ponti (40) lebt mit ihrer Grossfamilie seit acht Jahren in der Vita-Siedlung. Ihre fünf Kinder lieben den Fussballplatz zwischen den Wohnblöcken. Pontis einstöckiges Einfamilienhaus mit Gartensitzplatz ist Treffpunkt für die Kinder und Eltern in der Siedlung. Ponti sagt: «Nach der Massenkündigung herrschte eine sehr depressive und ängstliche Stimmung im Quartier, die Menschen haben geweint auf der Strasse. In dieser Situation wollten wir uns gegenseitig Kraft geben.» Zusammen mit Fredi König hat Ponti deshalb die IG Vita-Siedlung ins Leben gerufen.

EINE SYSTEMRELEVANTE SIEDLUNG

Ponti sagt: «Wir beide haben das Flair, etwas anzureissen, und wir sind beide politisch aktiv.» Ponti ist Präsidentin der GLP des Bezirks Horgen und als Schulpflegerin gut vernetzt in der Gemeinde. König ist Mitglied der SP und war früher Gewerkschafter beim Smuv. Seit vielen Jahren kennt er auch Walter Angst, den Präsidenten des



BEDROHTES IDYLL: Die grosse Wiese im Quartier und der Gartensitzplatz von Susan Ponti sind beliebte Treffpunkte in der Siedlung. FOTOS: NICOLAS ZONVI



Zürcher Mieterverbandes. Das war die richtige Ansprechperson, um den Widerstand gegen die Massenkündigung zu organisieren. In einem offenen Brief forderte die IG Vita-Siedlung vom Langnauer Gemeinderat eine Erklärung zur Massenkündigung und zum Bauprojekt. Ponti sagt: «Fast jeder zehnte Einwohner der Gemeinde wohnt bei uns in der Siedlung. Es gibt Dutzende schulpflichtige Kinder, alte Menschen und Sozialhilfebezügler, für welche die Gemeinde zahlbaren Wohnraum finden muss.» Insgesamt bietet die Siedlung derzeit 800 Menschen kostengünstigen Wohnraum. Auch König sieht die Gemeinde in der Pflicht, sich für eine sozialverträgliche Sanierung einzusetzen.

ZÜRICH INVEST SCHWEIGT

Die Gemeinde Langnau reagierte auf den offenen Brief der IG mit Gesprächen und einem kurzen Statement auf der Website. Der Gemeinderat bedauert darin die gleichzeitige Kündigung aller Mietverhältnisse und verweist auf einen städtebaulichen Vertrag, der eine bauliche Etappierung und sozialverträgliche Sanierung der Siedlung durch die Zurich Invest AG vorgesehen hätte. Die Gemeinde schreibt auf Anfrage von work, dass sie keine weiteren Informationen zu den laufenden Verhandlungen mit der Besitze-

rin machen könne. Die Zurich Invest AG äussert sich bisher nicht öffentlich zur Forderung nach einer Etappierung des Bauprojekts.

WAS BRAUCHEN DIE MIETERINNEN?

Nach einem Infoanlass für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung, den die IG im April organisiert hatte, haben sich 80 Mieterinnen und Mieter in einem Whatsapp-Chat zusammengesetzt. Dutzende Mieterinnen und Mieter gehen vor die Schlichtungsbehörde und versuchen den Kündigungstermin aufzuschieben, so dass sie noch länger in der Siedlung wohnen können. Die Wohnungssuche in Langnau ist im Moment sowieso fast aussichtslos. Auch Fredi König bleibt vorerst in seiner Dreizimmerwohnung, für die er einschliesslich Parkplatz 1156 Franken pro Monat zahlt. Auch mehr als ein Dutzend Mitglieder der Unia wohnen in der Siedlung: von der Pflegerin über den Koch bis zum Sanitärinstallateur.

Die IG hat gemeinsam mit dem Mieterverband eine Umfrage unter den Mietern und Mieterinnen gestartet, mit Fragen zur gegenwärtigen Wohnsituation und zu den Bedürfnissen. Ponti sagt: «Ich schätze, dass 90 Prozent der Mieterinnen und Mieter in der Siedlung bleiben möchten. Ende Mai, wenn die Umfrage ausgewertet ist, werden wir es genauer wissen.»

Gegen Abzocker: Mieter- und Mieterinnenverband lanciert Initiative

Der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MVS) hat am 16. Mai die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Schutz vor missbräuchlichen Mieten (Mietpreisinitiative)» lanciert. Sie verankert einerseits den Grundsatz der Kostenmiete in der Verfassung, damit sich die Mietpreise an den tatsächlichen Kosten plus einer definierten Rendite orientieren. Andererseits fordert sie eine automatische und regelmässige Überprüfung der Mietpreise in der Schweiz. So können Vermieter bei einem Mieterwechsel nicht mehr leistungsfrei die Miete erhöhen. Im vergangenen Jahr haben Mieterinnen und Mieter über 10 Milliarden Franken an missbräuchlicher Miete bezahlt. Das belastet die Haushaltsbudgets und schwächt die Kaufkraft (mehr Infos: rebrand.ly/mieten-explodieren).

Ausbeutung am Magenbrotstand: Die Entgleisungen des St. Galler Rüpel-Chefs Chilbi-Fahrer treibt Schwangere ins Elend

Krank, pleite und wohnungslos – wegen ihres Ex-Chefs steht die schwangere Marktfahrerin Manuela Gonzalez vor dem Nichts. Die Unia interveniert. Und die Rohner Magenbrot AG verhängt einen Lieferstop gegen den Rüpel-Chef!

JONAS KOMPOSCH

Leeres Konto, arbeitslos, keinen Wohnsitz, Angstzustände und im fünften Monat schwanger. So geht es zurzeit Manuela Gonzalez* (36). Als Unia-Mitglied hat sie sich hilfeschend an ihre Gewerkschaft gewandt – und sich dazu entschieden, im work auszuweichen. Denn: «So wie mir soll es keiner weiteren Frauen gehen!» Wegen der Zumutungen ihres Ex-Chefs ist Gonzalez mittlerweile in ärztlicher Behandlung. Sie muss Antidepressiva nehmen. Dabei habe eigentlich «alles tippopp» angefangen, betont die Spanierin.

Völlig mittellos landete Gonzalez auf der Strasse.

Voller Hoffnung und Vorfreude auf einen neuen Lebensabschnitt sei sie Ende 2024 in die Schweiz gezogen. Genauer: nach Diepoldsau im St. Galler Rheintal. Dort hatte Gonzalez eine unbefristete 80-Prozent-Stelle gefunden. Und zwar bei der Einzelfirma Roger Rohner, Magenbrot Confiserie. Wobei diese «Confiserie» gar kein Magenbrot herstellt. Denn der Inhaber ist ein Abkömmling der gleichnamigen St. Galler Magenbrot-Dynastie. Diese

ist organisatorisch mit der Rohner Magenbrot AG verbunden. Und deren Kassenschlager, das Magenbrot Rohner, ist weit über die Ostschweiz hinaus bekannt. Laut der Aargauer Kulinarikexpertin Erika Lüscher gehört es sogar zu den hundert beliebtesten Schweizer Lebensmitteln. Auch Migros und Coop führen es im Sortiment. Roger Rohner aber geschäftet seit Jahren auf eigene Kasse und nicht mehr innerhalb der Familienfirma. Von dieser bezieht er aber das legendäre Lebkuchengebäck und verkauft es auf Chilbi, Märkten und Messen. Auf den typischen rosafarbenen Tüten, die Roger Rohners Marktfahrerinnen feilbieten, prangt das Logo des Stammhauses.

DAS VERSPRECHEN

Auch Manuela Gonzalez hat Tausende solcher Säckli verkauft, vier Monate lang. Oft habe sie schon um 4 Uhr bereitstehen müssen. Feierabend habe sie manchmal erst um 22 Uhr gehabt. In ihrem Arbeitsvertrag, der work vorliegt, hat ihr Roger Rohner einen Lohn von 3200 Franken brutto (ohne 13.) versprochen. Doch eine ordentliche Lohnüberweisung hat Gonzalez bis heute nicht gesehen. Stattdessen habe sie willkürliche Barzahlungen erhalten: «Einmal hat er mir 5000 Franken in die Hand gedrückt und ein weiteres Mal 5000 für meine kranke Mutter!» Eine Stunden- oder Lohnabrechnung habe sie hingegen nie bekommen, geschweige denn

die ihr zustehende Lohnsumme. Auch die Sozialabgaben habe Rohner nie gezahlt. «Das hat er mir gegenüber sogar zugegeben!» beteuert Gonzalez. Deshalb fordert sie von ihrem Ex-Chef jetzt ein



BITTER: Die schwangere Magenbrotverkäuferin Manuela Gonzalez leidet bis heute unter den Attacken ihres Ex-Chefs. FOTO: PD

Lohnnachzahlung von über 10000 Franken, zudem die ordentliche Überweisung der Sozialabgaben.

Doch bei Chef Rohner herrscht Funkstille. Er beantwortet weder Briefe noch Mails und geht auch nicht ans Telefon. Nur einmal hat ihn der zustän-

dige Unia-Sekretär Lukas Auer auf dem Handy erwischt: «Er wirkte besoffen und zog in vulgärster Weise über unser Mitglied her.» Zudem habe Rohner keinerlei Einsicht oder Kooperationsbereitschaft gezeigt. Für Auer ein klarer Fall: «Ich habe direkt die Betreibung eingeleitet.» Doch der Gewerkschafter fordert für Gonzalez auch eine Arbeitgeberbescheinigung und sämtliche Lohnabrechnungen. Denn ohne Bescheinigung zahlt ihr die Arbeitslosenkasse keine Taggelder aus. Und ohne Lohnblätter ist es für Migrantinnen wie Gonzalez sehr schwierig, eine neue Wohnung zu finden. Beides braucht sie aber dringend. Denn als sie ihrem Chef offenbart, dass sie schwanger sei, brennen bei ihm alle Sicherungen durch.

DIE BELEIDIGUNGEN

«Zuerst war er einfach enttäuscht und hat mir die kalte Schulter gezeigt», erzählt Gonzalez. Doch dann habe er mit Beleidigungen angefangen. Entsprechende Whatsapp-Nachrichten liegen work vor. Rohner textete: «Du bist einfach ein Schmetterling, der auch irgendwann nicht mehr da ist.» Dann nennt er seine Angestellte «blöde Kuh», fabuliert von einer «Beziehung» und behauptet, er würde sie «lieben». Dann: «Willst du mir sagen, dass du keine Nutte bist?» Auch Drohungen sind dabei: «An deiner Stelle würde ich mir so schnell wie möglich einen neuen Job suchen.» Oder: «Sei froh, dass ich dich nicht sofort ausrei-

sen lasse!» Und schliesslich: «Du bist fristlos gekündigt.»

Tatsächlich wirft Rohner die werdende Mutter einfach raus. Und zwar nicht nur aus seiner Firma, sondern auch aus ihrem Zimmer. Gonzalez war von ihrem Chef nämlich doppelt abhängig: als Angestellte und als Mieterin – und das erst noch in seinem Privathaus! Völlig mittellos landet sie auf der Strasse. Unterschlupf findet sie bei ihrem Freund im Wallis. In Diepoldsau beginnt Rohner derweil Gonzalez' Post zu öffnen. Aber es sind nicht bloss Briefe, die noch bei Rohner liegen.

ROHNER AG TADELT ROHNER

Gonzalez sagt: «Meine ganzen Sachen und mein Bett sind noch in seinem Haus.» Da werde sie aber keinen Fuss mehr reinsetzen. «Viel zu riskant» sei ihr das.

Was zu all dem Roger Rohner sagt, war nicht herauszufinden. Für eine Stellungnahme gegenüber work war er nicht erreichbar.

Position bezieht dagegen Marcel Lutz, der Geschäftsführer der Rohner Magenbrot AG: «An solchen Geschichten haben wir gar keine Freude, denn sie schaden letztlich unserer Firma und allen Marktfahrern, obwohl wir nichts dafürkönnen.» Er wolle niemanden vorverurteilen, meint Lutz, trotzdem habe er Roger Rohner eindringlich aufgefordert, die Sache schleunigst zu bereinigen und die Löhne korrekt zu bezahlen. Und noch eine Massnahme hat Lutz getroffen: «Bis auf weiteres gibt es für Roger Rohner kein Magenbrot mehr von uns!»

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Peter Bodenmann



Solarpanels, Waffen, Medikamente, Bodenpreise & Löhne: Es gibt Wochen, in denen Jahrzehnte passieren!

«Es gibt Jahrzehnte, in denen nichts passiert; und Wochen, in denen Jahrzehnte passieren.» Stammt dieses Zitat von Lenin? Nein, es wurde ihm erst 80 Jahre nach seinem Tod untergejubelt. Und trotzdem spiegelt es die Wirklichkeit, in der wir leben.

In Politik und Wirtschaft verändert sich zurzeit mehr, als wir vorerst überblicken und einordnen können. Denn alles geht Schlag auf Schlag!

SCHLAG I. Der neue deutsche Aussenminister Johann Wadephul unterstützt die Forderungen von US-Präsident Trump und US-Aussenminister Marco Antonio Rubio, dass Nato-Staaten fünf Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Aufrüstung ausgeben sollten. Deshalb haben die deutschen Parteien CDU, CSU, SPD und Grüne die Schuldenbremse für Militärausgaben gemeinsam aufgehoben. Motto: Macht aus Pflugscharen Waffen! Dies, obwohl Europa schon heute mehr Geld für das Militär ausgibt als Russland. Ein Teil dieses Geldes wird genutzt, um den technologischen Fortschritt voranzutreiben. So wie das die USA schon lange machen. Gesamthaft steht uns also ein Rüstungs-Keynesianismus ins Haus: Mehr Wachstum dank mehr Schulden. Deutschland will wieder die stärkste konventionelle Armee Europas haben. So sagte es Bundeskanzler Friedrich Merz. Mindestens vorerst, denn bald schon wird Frankreich anstelle der USA einen Teil seiner Atomwaffen in Deutschland installieren, in welcher Form auch immer. Umgerechnet auf die Schweiz würde das Militärausgaben von 40 Milliarden Franken bedeuten. Mit diesem Geld könnten wir

sage und schreibe sieben zusätzliche AHV-Renten auszahlen. Pro Jahr und für alle!

SCHLAG II. Solarpanels werden immer effizienter und billiger. Neu braucht es noch vier Quadratmeter Fläche, um ein Kilowatt Leistung zu installieren. Und Agri PV, also die Doppelnutzung von Flächen für landwirtschaftliche Zwecke sowie für die Energieproduktion mit Photovoltaik, beginnt sich durchzusetzen. Noch ist sie in der Schweiz leider kein Thema. Dies, obwohl eine Studie der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (siehe Link rechts) ihr gigantisches Potential belegt.

SCHLAG III. Trump regiert mit Verordnungen, wo immer dies möglich ist. Am Parlament vorbei und somit auch vorbei an der Demokratie. Er will die Medikamentenpreise um 30 bis 80 Prozent senken: Gut, wenn ihm das mit Hilfe des Kongresses gelingt! Ganz anders der Pharmamulti Novartis, er will, dass wir in der Schweiz und vorab in Europa höhere Medikamentenpreise bezahlen. Was könnte dazu eine Gegenstrategie sein? Die Bausteine sind:

- Gewinne der Pharmariesen beschneiden!
- Keine Verlagerung der Produktions- und Forschungsstätten in die USA, sondern günstigere Preise auch für US-Amerikanerinnen und -Amerikaner.
- Die Sandoz verstaatlichen, die uns lebensnotwendige Medikamente und Generika liefert, und mehr Investitionen in die effizientere, universitäre Pharmaforschung!
- Dann würde die Schweiz weniger von der Spekulation leben und mehr von Innovation und Produktion.



AGRI-PHOTOVOLTAIK: So sieht es aus, wenn eine Fläche gleichzeitig für die Landwirtschaft und die Energieerzeugung genutzt wird. FOTO: KEYSTONE

SCHLAG IV. Am Wochenende demonstrierten in Lausanne und Zürich die Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter. Weil die Baumeister bei den Löhnen klemmen. Gleichzeitig explodieren die Bodenpreise. Zwei Blicke über die Grenzen lohnen sich: In der wunderschönen ostdeutschen Stadt Görlitz kostet die gleiche Wohnung sieben Mal weniger als im Moloch München. Wegen der Bodenpreise! Eine kluge, linke Wohnungspolitik wäre gefragt. So, wie sie etwa die Sozi in Österreich machen und damit punkten: Wien ist mit Umland eine Drei-Millionen-Stadt. Vor 10 Jahren stimmten 30 Prozent der Wienerinnen und Wiener für die gesicherte rechtsradikalen Freiheitlichen. Dieses Jahr waren es nur 20 Prozent. Und wir sahen: Wien rutschte nicht nach rechts, sondern nach links. Von der SPÖ-Wohnungspolitik könnten sich auch die rot-grünen Schweizer Städte mehr als eine Scheibe abschneiden. Die Linke in

Deutschland hat die Wohnungsfrage übrigens auch erfolgreich zu ihrem Megathema gemacht.

Und jetzt noch eine Bemerkung in eigener Sache: Einst schrieb Ex-SP-Präsident Helmut Hubacher in der roten Berner «Tagwacht» unter dem Pseudonym «Rosa Berner» Kolumnen. Ich schreibe seit mehr als 20 Jahren unter dem Pseudonym «Rosa Zukunft» diese work-Kolumne hier. Alle, die es wissen wollten, kannten die Namen hinter den beiden Pseudonymen. Ein lieber Oberwalliser SP-Freund wünscht nun von work, dass mein Name an dieser Stelle explizit erscheine. Kein Problem, lieber Thomas Antonietti, deines Zeichens alt Gemeinderat von Visp, der nicht wirklich viel bewegt hat: Ich zeichne ab jetzt!

Peter Bodenmann war National- und Ständerat und SP-Präsident. Heute führt er ein Hotel im Wallis.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/agri-pv

Noch ist in der Schweiz Agri-PV, also die Doppelnutzung von Flächen für landwirtschaftliche Zwecke sowie für die Energieproduktion mit Photovoltaik, kein Thema. Obwohl diese Studie seit 17 Monaten ihr Potential aufzeigt.

● agripv.de

Alle, die mitreden wollen, sollten sich das Gratisbuch des deutschen Wirtschaftsingenieurs, Solarpioniers und Unternehmers Erich Merkle herunterladen und studieren.

● rebrand.ly/trump-novartis

US-Präsident Donald Trump macht sich über Novartis-Chef und Grinseonkel Vas Narasimhan lustig, der an diesem Empfang offenbar antraben musste. Der Novartis-Chef bekam von Trump offenbar Lob für die 23 Milliarden Dollar, die der Basler Pharmariese in seine US-Werke investieren will. Trump sagte: «Danke, danke vielmals, Vas. Das ist sehr viel!»

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Personenfreizügigkeit, Punkte-System, Kontingente, Zuwanderungsabgabe

Was funktioniert wie warum (nicht)?

Einwanderung folgt der Konjunktur. Das ist eine Binsenweisheit. Trotzdem versuchen sich viele Kreise immer wieder in neuen «Steuerungsmodellen». work stellt die Evergreens der politischen Debatte vor und sagt, was sie für die Lohnabhängigen bedeuten (würden).

CLEMENS STUDER

Die realen Löhne der Mehrheit stagnieren oder sinken sogar. Die Krankenkassenprämien explodieren, und Wohnen wird bis tief in den Mittelstand hinein immer mehr zum Luxus. Das sind die wahren Probleme der Mehrheit der Menschen in der Schweiz. Und alle diese Probleme wären lösbar, wenn die bürgerliche Parlamentsmehrheit Politik im Sinne der Mehrheit der Menschen und ihrer Kaufkraft machen würde. Stattdessen macht sie seit Jahrzehnten Politik im Interesse der Vermögenden, der Grossverdienenden und der Konzerne. Und geben der Zuwanderung und «den Ausländern» die Schuld. Erstere will sie angeblich «steuern», und vor den Zuwandernden will sie uns angeblich «schützen».

BUNDESRÄTLICHER RÜCKFALL

Jetzt hat auch der Bundesrat im Zusammenhang mit den Bilateralen III einen üblen «Schutzklausel»-Rückfall erlitten. Damit orientiert sich die Regierung am früheren Kontingentsystem. Dieses war ineffizient und hatte un-menschliche Auswirkungen auf arbeitende Menschen aus dem Ausland. Zu Recht wurde es vor 23 Jahren beerdigt, weil auch die Bürgerlichen – spät, aber immerhin – ein-sahen, dass es nicht funktion- niert. Immerhin will der Bundesrat des Jahres 2025 vor dem Anrufen der «Schutzklausel» zu- erst innenpolitische Massnahmen prüfen, die sich mit der Personenfreizügigkeit vereinbaren lassen. Das sind zum Beispiel Konjunkturpro- gramme und Bildungsmassnahmen für Stellen- lose. Und vor allem: Bundesrat und Parlament können solche, falls nötig, bereits heute ergrei- fen, wenn sie wollen.

Bürgerliche machen Politik für Reiche und geben den Ausländern die Schuld an allem. Bis die bundesrätliche «Schutzklausel» greifen würde, vergeht viel Zeit. work hat den komplizierten und bürokratischen Mechanis- mus detailliert beschrieben (Link zum Beitrag: rebrand.ly/irrweg). Wegen der Bilateralen III und der Lohndump- ping-Initiative der SVP haben die Stichworte «Steuerung» von und «Schutz» vor Zuwander- den wieder Hochkonjunktur. Höchste Zeit also, die einzelnen Vorschläge – einmal mehr – anzu- schauen.

Punktesystem

In einem Punktesystem erhalten Personen eine Aufenthaltsbewilligung, wenn sie verschiedene Kriterien erfüllen. Ausbildung, Sprachkennt- nisse, Berufserfahrung und anderes werden nach Punkten berechnet. Je nachdem kann auch ein Arbeitsangebot im Zielland zusätzliche Punkte geben. Erreicht man eine gewisse Anzahl Punkte, darf man einwandern. Das ist ein Lieblingsmo- dell bürgerlicher Ökonominen und Ökonomen. Kanada hat ein solches Modell. Und wie wirkt es? Menschen mit Hochschulabschluss und umfas- senden Sprachkenntnissen arbeiten in prekären Hilfsjobs. Und drücken die Löhne der Einheimi- schen. Abschlüsse und berufliche Fähigkeiten ga- rantieren noch keinen Job. Die Erfahrungen in



ABSCHOTTUNG ÜBERWINDEN: wirkungslos, sondern schaden

Viele der von Bürgerlichen gepriesenen Modelle zur Regulierung der Zuwanderung sind nicht nur den Löhnen der Einheimischen. FOTO: LUCAS DUBUIS

Kanada zeigen, dass Punktesysteme zu weit weg von der arbeitsmarktli- chen Realität sind und sehr bürokratisch. **Fazit aus Sicht der Lohnabhängigen:** Im Punktesystem müssen hochqualifizierte Zuwan- dernde oft niedrigqualifizierte Jobs annehmen. Das drückt die Löhne für alle.

Zuwanderungsabgabe

Die von marktradikalen Ökonomen seit Jahren unter wechselnden Titeln vorgeschlagene Zu- wanderungsabgabe im Kern: Wer in der Schweiz arbeiten möchte, muss Eintritt bezahlen. Mit der Höhe der Abgabe soll die Einwanderung ge- steuert werden. Als Beispiel taucht immer wie- der der Stadtstaat Singapur auf. Wie wirkt die Abgabe dort? Unter Druck der Arbeitgeber hat die Regierung die Abgabe immer wieder senken müssen. Und: Die Anzahl von Arbeitnehme- den aus dem Ausland ist nicht gesunken, son- dern gestiegen. Ausserdem laden Zuwanderungs- abgaben geradezu zu Schummeleien ein. Eine nach Branchen differenzierte Abgabe kann zu Umgehungsgeschäften führen, etwa indem Bauern Bankfachleute einstellen und sie später gegen eine Prämie an Banken weitergeben. Eine proportionale Abgabe zum Jahreslohn dagegen schreckt hochqualifizierte Fachkräfte ab, wäh- rend eine Pauschale margenschwache Branchen wie die Gastronomie benachteiligen würde. **Fazit aus Sicht der Lohnabhängigen:** Eine Zu- wanderungsgebühr bremst die Zuwanderung nicht (was ihre Fans angeblich wollen). Dafür fördert sie Schwarzarbeit und drückt die Löhne aller Arbeitnehmenden.

Kontingentsystem

In einem Kontingentsystem können nur so viele Arbeitskräfte einwandern, wie es Kontingente gibt. Die Kontingente legen eine Höchstzahl pro

Jahr und Einwanderungskategorie fest. Ein solches Regime suggeriert, die Zahl der Ein- wandernden direkt unter Kontrolle zu haben. In der Realität werden die Kontingente jedoch nach den Bedürfnissen der Firmen festgelegt. Die Schweiz hatte während Jahrzehnten ein Kontingentsystem. Und es hat nie funktioniert. Wo die offiziellen Kontingente nicht ausreichten, blühte die Schwarzarbeit. Schätzungen ge- hen von 120 000 bis 180 000 Schwarzarbeiten- den allein im Jahr 1990 aus. **Fazit aus Sicht der Lohnabhängigen:** Kontingen- te haben die Zuwanderung nie beschränkt. Was sie jedoch perfekt leisteten: Das System lieferte den Arbeitgebern eine quasi rechtlose moderne Arbeitssklaverei (siehe nächsten Abschnitt).

Das Saisonnierstatut

Das Saisonnierstatut galt zwischen 1934 und 2002. Wortlaut und Zahlen wurden zwar einige Male angepasst, doch das Ziel blieb im- mer das gleiche: ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter zu einer rechtlich kaum ge- schützten «Manövriermasse der Wirtschaft» zu machen. Es fusste auf drei Säulen der Dis- kriminierung: Die Bewilligung war auf höch- stens neun Monate beschränkt. Danach muss- ten die Arbeitnehmenden die Schweiz für mindestens drei Monate verlassen. Den Saison- niers war der Stellen- und Ortswechsel grund- sätzlich untersagt. Der Familiennachzug war verboten. Die ersten beiden Säulen sorgten da- für, dass Saisonniers der Tieflohne schufteten mussten – 14 Prozent unter dem Niveau der Löhne der Einheimischen – und so unfreiwil- lig den Arbeitgebern ermöglichten, die Löhne aller zu drücken. Die dritte Säule war dafür verantwortlich, dass Familien auseinanderge- rissen wurden und über die Zeit mindestens 50 000 migrantische Kinder in Verstecken le- ben mussten.

Fazit aus Sicht der Lohnabhängigen: Das Saison- nierstatut war ein zynisches und menschen- verachtendes Instrument der Arbeitsmarktpoli- tik. Es ermöglichte systematische Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus dem Aus- land. Und es drückte die Löhne der einheimi- schen Lohnabhängigen. Es ist ein Schandfleck der Schweizer Geschichte. Ein Schandfleck, zu dem die SVP zurückwill mit ihrer 10-Millionen- Initiative, die in Wahrheit eine Lohndrucker- Initiative ist. work hat das detailliert dargelegt: rebrand.ly/angriff-auf-lohne.

Personenfreizügigkeit mit FlaM

In der Personenfreizügigkeit mit der EU gilt grundsätzlich: Wer seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann, darf einwandern. Für Arbeitssuchende ergibt sich die Dauer der Auf- enthaltsbewilligung aus der Dauer des Arbeits- verhältnisses. Die «Steuerung» erfolgt in erster Linie durch den Bedarf des Arbeitsmarkts. Zen- tral sind flankierende Massnahmen (FlaM), die sicherstellen, dass die lokalen Arbeitsbedin- gungen eingehalten werden und die Freizügi- keit nicht missbraucht wird, um inländische Arbeitskräfte durch «billigere» Arbeitende aus dem Ausland zu ersetzen. Der freie Zugang zum Arbeitsmarkt und die Niederlassungsfrei- heit führen zu einer Gleichbehandlung mit den Einheimischen. Die Arbeitenden aus dem Ausland sind damit viel weniger der Macht und der Willkür von Arbeitgebern und Behörden ausgesetzt. **Fazit aus Sicht der Lohnabhängigen:** Die Perso- nenfreizügigkeit mit starken flankierenden Massnahmen ist das beste existierende Migra- tionssystem. Alle anderen produzieren mehr Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs, Lohndruck und Schwarzarbeit.

St. Gallen sagt Nein
**Schlappe
für Turbo-
Lädeler**

Die nächste Ohrfeige für die Turbo-Lädeler kommt aus der Ostschweiz: Die Stimmenden im Kanton St. Gallen sagen deutlich Nein zu noch längeren Ladenöffnungszeiten. So wie in 70 Prozent der Abstimmungen in den Kantonen und Gemeinden in den vergangenen 19 Jahren.

CLEMENS STUDER

2024 beschloss die bürgerliche Mehrheit des St. Galler Kantonsparlaments eine Gesetzesrevision, die es den Geschäften erlauben sollte, von Montag bis Samstag von 5 bis 22 Uhr zu öffnen. Heute und in Zukunft gelten mögliche Öffnungszeiten unter der Woche von 6 bis 19 Uhr und am Samstag von 6 bis 17 Uhr. Wie immer



FEUCHTER TRAUM DER MARKTRADIKALEN: Shopping rund um die Uhr. FOTO: KEYSTONE

führten SVP, FDP und GLP die angeblichen Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ins Feld. Doch dieses «Bedürfnis» gibt es auch im St. Gallischen nicht. Am 18. Mai schickten die Stimmenden die Vorlage mit rund 65 Prozent bachab. Die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien hat-

**Mit kleinen Schritten soll
schleichend die Sonntags-
arbeit in allen Branchen
eingeführt werden.**

ten das Referendum ergriffen. Übrigens: Das Nein vom Sonntag ist bereits das vierte der St. Gallerinnen und St. Galler. Und sie sind mit ihrem Nein in bester Gesellschaft. Denn in den vergangenen 19 Jahren fielen über 70 Prozent der «Liberalisierungsvorlagen» beim Volk in Kantonen und Gemeinden durch.

In jenen Orten, wo Arbeitgeberverbände und rechte Parteien längere Ladenöffnungszeiten oder zusätzliche Sonntagsverkäufe durchtrötzelten, stimmen die Konsumentinnen und Konsumenten mit dem Wägeli ab. Sie bleiben zu Hause, schliesslich kann man einen Franken nur einmal ausgeben. Operative Gewerblerrinnen und Gewerbler zogen daraus ihre Konsequenzen und liessen ihre Läden geschlossen. Marktradikale Ideologie muss man sich leisten können.

UNIA-PETITION. Die Ladenöffnungszeiten und das Arbeitsgesetz nerven die Marktradikalen unendlich. Sie beschränken die Überausbeutung der Arbeitenden. Darum lassen sie sich weder von Abstimmungsniederlagen in Serie noch vom geltenden Gesetz beirren. Aktuell ist ein neuer Angriff auf den Sonntagsschutz im parlamentarischen Prozess weit fortgeschritten: Künftig soll ein Sonntag pro Monat zum profanen Arbeitstag im Detailhandel werden. Doch es geht den rechten und bürgerlichen Parteien um mehr als «nur» Sonntagsshopping. Die Erweiterung der Sonntagsverkäufe ist nichts anderes als eine Salamtaktik: Mit kleinen Schritten soll schleichend die Sonntagsarbeit in allen Branchen und Berufen eingeführt werden. Dieser Angriff auf den arbeitsfreien Sonntag im Ladenverkauf betrifft am Ende alle Arbeitnehmenden.

Die Unia hat im Hinblick auf die Behandlung des Geschäfts im Nationalrat in der kommenden Session eine Petition lanciert. Sie kann hier unterschrieben werden: rebrand.ly/freier-sonntag

Petition soll die Modebranche zur Nachhaltigkeit verpflichten
«Das ist Abfall-Kolonialismus»

Mehr, schneller, billiger – nach diesem Prinzip funktioniert die Modeindustrie. Wegwerfkleider wachsen zu riesigen Abfallbergen an – zum Beispiel in Ghana. Ein Schweizer Modefonds soll dieses kaputte System nun stoppen.

CHRISTIAN EGG

Mitten in Accra, der Hauptstadt von Ghana in Westafrika, erhebt sich ein gewaltiger Berg aus Textilmüll. Er misst rund einen halben Kilometer vom einen Ende zum anderen und ist mehrere Stockwerke hoch. Sogar auf Google Maps ist die wilde Deponie deutlich zu erkennen. Unmittelbar daneben liegt ein Wasserlauf. In jeder Regenzeit werden zig Tonnen Textilien ins Meer geschwemmt. An den Stränden von Accra ist stellenweise kein Sand

**Das Textilmüll-
Problem muss dort
gelöst werden, wo es
entsteht: in Europa,
den USA und Asien.**

mehr zu sehen, nur noch eine meterdicke Schicht von weggeworfenen und sich zersetzenden Kleidern.

VIEL ZU VIELE KLEIDER

Diese Kleider stammen aus dem globalen Norden. Ghana ist der weltgrösste Importeur von Secondhand-Textilien, jedes Jahr gelangen gegen 800 Millionen Kleidungsstücke ins Land. Das sind 23 pro Kopf der Bevölkerung. Der Sozialunternehmer Yayra Agbofah kritisiert diesen massenhaften Export in sein Land. Zwar ver helfe dies vielen Menschen zu günstigen Kleidern. Aber rund ein Viertel der Textilien werde nicht verwendet und



KRITISIERT DEN GLOBALEN NORDEN SCHARF: Yayra Agbofah sagt, dass der massenhafte Export von alten Kleidern nach Ghana nichts mit Wohltätigkeit zu tun habe. FOTO: PD

lande in der Umwelt. «In Ghana fehlt eine geeignete Infrastruktur für das Recycling», so Agbofah im Magazin der Schweizer Non-Profit-Organisation Public Eye. Zum Beitrag geht es über diesen Link: rebrand.ly/modeindustrie.

Dass reiche Länder ihre alten Kleider in Länder wie Ghana entsorgen, sei keine Wohltätigkeit, so Agbofah: «Sie wälzen die ökologischen Kosten ihres Konsums auf andere ab. Das ist Abfallkolonialismus.»

ERFOLG MIT UPCYCLING

Der Müllberg in Accra ist buchstäblich das Abfallprodukt des ebenfalls riesigen Kleidermarkts Kantamanto ganz in der Nähe. Rund 15 000 Menschen verdienen dort ihren Lebensunterhalt mit Verkauf und Reparatur der Secondhand-Ware aus dem Norden. Agbofah hat im Markt 2018 die Organisation The Revival gegründet. Sie bringt Händlerinnen und Händlern bei, wie sich ausrangierte Kleider zu wertvollen Stü-

cken verarbeiten lassen – sogenanntes Upcycling. In der Zeitschrift «Reportagen» berichtet der Unternehmer vom positiven Echo seiner Landsleute: «Es ist keine schwierige Sache, es macht Spass und ist höchst kreativ. Die Leute lieben es.»

SELBER REZYKLIEREN

Doch das Textilmüll-Problem, sagt Agbofah, müsse dort gelöst werden, wo es entstehe. Also in Europa, den USA und in Asien. Der globale Norden müsse erstens aufhören, minderwertige Kleidung aus Material wie Polyester zu produzieren. Und zweitens mehr Kleider lokal sammeln und selber rezyklieren, statt sie nach Afrika zu schicken.

Genau dazu will Public Eye jetzt die globale Modeindustrie zwingen. Denn die letzten Jahre haben gezeigt: Freiwillige Initiativen der Branche bringen nichts. Also braucht es jetzt einen obligatorischen Fonds. Die Idee: Modefirmen zahlen für jedes neue Klei-

dungsstück einen Beitrag in den Fonds ein. Je nachhaltiger ein Produkt ist, desto geringer ist der Beitrag. Mit dem Geld finanziert der Fonds günstige Reparaturen, mehr Secondhand-Angebote, hochwertiges Recycling und nachhaltige Produktion. Der Fonds wirkt also doppelt: Er macht das Fast-Fashion-Geschäftsmodell mit Wegwerfkleidern weniger attraktiv und fördert gleichzeitig die Kreislaufwirtschaft in der Schweiz.

DEN BERUF AUFWERTEN

Mit einer Petition fordert Public Eye jetzt vom Bundesrat, den Fonds zu schaffen. Auch die Unia unterstützt die Petition. Anne Rubin, Co-Leiterin Detailhandel bei der Unia, sagt: «Eine nachhaltige Mode liegt auch im Interesse der Verkäuferinnen und Verkäufer: weniger Abfall, fairere Produktion, zufriedene Kundschaft und eine Aufwertung des Berufs.»

Die Petition online unterschreiben: rebrand.ly/stop-fast-fashion

12. Mai: Pflegende werben in der ganzen Schweiz für ihr Care-Manifest
**Sie haben ihre Vision für eine gute Pflege
unter die Leute gebracht**

Die Care-Arbeit muss neu gedacht und neu gestaltet werden – nur dann finden sich Wege aus der Krise und zurück zu einer guten Pflege und Betreuung. Diese Botschaft haben Pflegende am 12. Mai in zahlreichen Städten

**«Die Stimme der
Pflegenden wird zu
wenig gehört.»**

SAMUEL BURRI, UNIA-CO-LEITER PFLEGE

unter die Bevölkerung gebracht. An Infoständen und mit Flyer-Aktionen warben sie am Internationalen Tag der Pflege für das neue Care-Manifest der Unia. Es zeigt auf, woran das System der Pflege heute krankt – und entwirft eine positive Vision, wie Pflegende ihre Arbeit machen können, ohne ans Limit zu gelangen. Das Manifest gibt es



ZUM BEISPIEL BASEL: Pflegende und Gewerkschaften haben am Tag der Pflege diverse Innenstädte in Beschlag genommen. FOTO: UNIA

gratis unter diesem Link: rebrand.ly/care-manifest.

Samuel Burri, Co-Leiter Pflege bei der Unia, sagt: «Heute wird die Stimme der Pflegenden zu wenig gehört.

In der Politik wie auch in den Betrieben. Dabei wissen sie selber am besten, wie die Pflege organisiert werden müsste.» Für eine bessere Pflege brauche es somit mehr

Mitbestimmung sowie ein Finanzierungssystem, das den Mitarbeitenden die Zeit lässt, die Menschen im Altersheim angemessen betreuen zu können. (che)



ICH GLAUBE, DER MEINT MICH: Bundesrat Guy Parmelin an der Industriekonferenz der Unia in Bern. FOTO: MANU FRIEDERICH

Geschasster Büezer sagt Bundesrat Parmelin: «Angriffe auf Peko-Leute sind Realität»

Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) besuchte die Industriekonferenz der Unia. Das Tagungsthema: der desolate Kündigungsschutz von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen.

IWAN SCHAUWECKER

Vor einigen Wochen war der Mechatroniker Jean-Marc Boisson (61) noch Personalvertreter bei Lem, einem Westschweizer Hersteller von Elektrokomponten. Boisson hatte sich als Peko-Mitglied gegen die Verlagerung von 80 Stellen von Genf nach Südostasien eingesetzt. Doch nach der Konsultationsphase im Frühjahr war er dann gleich selbst auf der Abschlusliste: Das Management von Lem teilte ihm mit, dass er und drei weitere Mitglieder der Peko entlassen würden – aus wirtschaftlichen Gründen.

DEN TRÄNEN NAHE

An der Industriekonferenz der Unia in Bern sprach Boisson vor den versammelten 280 Büezerinnen und Büezern aus der MEM-, Uhren-,

Chemie- und Lebensmittelindustrie zu Bundesrat Guy Parmelin. Den Tränen nahe, sagte er: «Die Firma hat mir und weiteren Peko-Mitgliedern gekündigt und damit internationales Recht gebrochen.» Das Unia-Mitglied appellierte an Bundesrat Guy Parmelin und sagte: «Die Angriffe auf Peko-Leute sind eine Realität, keine Fiktion, tun Sie etwas!»

EIN ALTER ZOPF

Solche gewerkschaftsfeindlichen Kündigungen sind leider alles andere als neu. Bereits 2003 hat der SGB eine Beschwerde bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingereicht, weil Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der Schweiz nicht ausreichend geschützt sind. Als die ILO die Schweiz im Jahr 2019 auf eine schwarze Liste setzte, kam etwas Bewegung in die Sache. Doch auch die von Bundesrat Parmelin angestossene Mediation zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften brachte keine Fortschritte.

GIBT ES DOCH NOCH EINE LÖSUNG?

Bundesrat Guy Parmelin zeigte sich an der Industriekonferenz verständnisvoll und sagte: «Das Parlament hat schon mehrere gute Kompromisse verhindert. Die Lösung, die wir jetzt haben, ist nicht perfekt, aber besser als der Status quo.» Der verbesserte Kündigungsschutz ist

neu Teil des innenpolitischen Massnahmenpakets zu den Bilateralen III (Link zum Artikel: rebrand.ly/lohnschutz-paket).

Der Vorschlag sieht bei der Kündigung eines Peko-Mitglieds eine zweimonatige Bedenkzeit und im Falle einer missbräuchlichen Kündigung die Ausweitung der Strafzahlungen von sechs auf zehn Monatslöhne vor.

DAS ABSOLUTE MINIMUM

Auch SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard sieht dies als Fortschritt: «Guy Parmelin ist der erste Bundesrat, der die fehlende Umsetzung der ILO-Konvention 98 als Problem wahrnimmt, seinen Vorgängern war es egal. Der Vorschlag

«Das Abkommen muss nun von allen beteiligten Parteien verteidigt werden.»

UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA

«Es braucht jetzt konkrete Massnahmen, damit Arbeitnehmende in den Unternehmen endlich besser vor Entlassungen geschützt sind. Fortschritte sind beim innenpolitischen Paket zu den Abkommen mit der EU möglich, das nun von allen beteiligten Parteien ohne inhaltliche Zugeständnisse verteidigt werden muss.»



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und die falsche Frage

Die meisten Vorgesetzten hören es nicht gerne, wenn wir über unsere Löhne sprechen. Offene Gespräche über Löhne habe ich bisher noch an keinem Arbeitsplatz erlebt. Auch bei



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

uns im Laden herrscht keine Lohntransparenz. Und falls es zur Aussprache kommt, dann heimlich. Oft mit viel Wut in der Stimme. Das Gespräch endet meistens mit einem heiligen Schwur: Ich darf ja niemandem etwas verraten.

HEISSES EISEN. Als erfrischende Abwechslung hat neulich ein Gspönl ohne Verkaufserfahrung, mit irgendeinem Abschluss, seinen Stundenlohn verraten, und siehe da: Sein Lohn war höher als der von einem Kollegen, der schon mehrere Jahre hier arbeitet, ohne Lehrabschluss, aber mit viel Erfahrung. Das hat natürlich einiges ins Rollen gebracht, eine Lohnerhöhung muss her! Das missfiel der Vorgesetzten: Warum spricht der neue Mitarbeiter darüber? Ich finde, das ist die falsche Frage. Warum sind die Lohnunterschiede so massiv? Habe ich Übersicht über die gesamten Löhne in meinem Team? Wenn nicht, was machen wir dagegen? Was kann ich tun? Das wären Fragen, die ich mir an ihrer Stelle machen würde.

KEIN TABU. Auch in meiner Unia-Gruppe haben wir immer klar über den Lohn diskutiert, und auffallend war, dass ich mehr Lohn bekomme als meine älteren Kolleginnen, die schon zwanzig Jahre oder länger in diesem Unternehmen arbeiten. Zwar wurde ihr Lohn mit der Zeit erhöht, aber nur minim. Doch dann haben wir über unsere Löhne gesprochen, und sie haben Lohnerhöhungen gefordert. Mit Erfolg! Und ausserdem würde mehr Lohntransparenz auch aufzeigen, wie es bei uns im Unternehmen mit der Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern steht. Ich wette, dass auch bei den Geschäftsleiterinnen und Geschäftsleitern enorme Unterschiede bei den Löhnen zu finden sind.

MEHR FAIRNESS. Für mich heisst Loyalität gegenüber dem Unternehmen auch, Mut für Verbesserungen und Solidarität untereinander zu haben. Reden und Hinterfragen schadet nicht. Im Gegenteil, nur so können wir sicherstellen, dass wir einen fairen Arbeitsplatz für alle haben. Transparenz kann unangenehm sein, aber Fairness sollte Unannehmlichkeit überwiegen.

Umfrage in der MEM-Branche: Unzureichender Schutz für Personalvertretungen

Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten haben Personalvertretungen in der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM), und wie gut sind sie vor der Kündigung geschützt? Eine Studie der Hochschule für soziale Arbeit Freiburg liefert Antworten: Das wichtigste Thema für die Befragten sind die Lohnverhandlungen. Bei den Löhnen, variablen Vergütungen und Gewinnbeteiligungen wollen die Pekos und die Mitarbeitenden mehr Mitsprache. Matteo Pronzini, MEM-Branchenleiter der Unia, sagt: «Obwohl der MEM-GAV anständige Mindestlöhne garantiert, werden

die gestiegenen Lebenshaltungskosten und die fehlende Kaufkraft auch in der

Die Angst vor Entlassungen ist spürbar.

MEM-Branche zu einem immer grösseren Problem.» In rund einem Drittel der Betriebe wird die Personalvertretung (Peko) bei Lohnfragen gar nicht einbezogen, obwohl der GAV dies vorsieht.

WENIG MITSPRACHE. Fast die Hälfte der Befragten geben an, dass sie die Inhalte des MEM-GAV gut kennen. Doch nicht einmal die

Hälfte erhalten wichtige Informationen der Geschäftsleitung rechtzeitig. Viele sind der Ansicht, dass ihre Rolle in wichtigen Entscheidungen, wie etwa bei Lohnfragen oder Arbeitszeiten, nicht ausreichend berücksichtigt wird.

KÜNDIGUNGSSCHUTZ. Mehr als die Hälfte der Befragten sind der Meinung, dass der Kündigungsschutz im MEM-GAV unzureichend ist. Die Angst vor Entlassungen und der mangelnde Schutz im Fall einer Kündigung kommt bei vielen Befragten zum Ausdruck. 27 Peko-Mitglieder berichteten von Vergeltungsmassnahmen während ihres



Unia-Mann Matteo Pronzini.

FOTO: MANU FRIEDERICH

Peko-Mandats, in 13 Fällen führte dies sogar zu Kündigungen.

MEHR SUPPORT. 60 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Peko bei

Lohnverhandlungen und Massenentlassungen mehr Unterstützung durch die Gewerkschaften in Anspruch nehmen sollte. In etwas mehr als einem Viertel der Unternehmen gibt es betriebsinterne Gewerkschaftsgruppen. Sie fördern das Vertrauen der Mitarbeitenden und stärken die Stellung der Peko.

Insgesamt nahmen 266 Personen von Pekos aus knapp der Hälfte aller angeschriebenen MEM-Betriebe an der Umfrage teil. 164 der Antworten waren vollständig, die Umfrage hat damit einen repräsentativen Charakter. 115 der Befragten sind auch Mitglied der Unia. (isc)



DER WHISTLEBLOWER: Lukasz Krupski hatte den Mut, sich mit Tesla anzulegen. FOTO: SCREENSHOT YOUTUBE HANDELSBLATT

Neues Buch über den Tesla-Konzern von Elon Musk Tesla-Trip: Ein Konzern auf Ketamin

Das Buch «Die Tesla Files» offenbart die Geheimnisse des Tesla-Konzerns. Und es erzählt vom Mut eines Mitarbeiters, der das alles an die Öffentlichkeit bringt.

IWAN SCHAUWECKER
Im Herbst 2022 kaufte Elon Musk (53) für rund 44 Milliarden Dollar den Kurznachrichtendienst Twitter. Und damit die maximale Reichweite und Kontrolle über eine der wichtigsten Social-Media-Plattformen. Zu diesem Zeitpunkt erhielt Sönke Iversen, Leiter des Recherche-teams des deutschen «Handelsblatts», von einer anonymen Quelle einen umfangreichen Datensatz mit Informationen zur Autofirma Tesla. Iversen war völlig baff. Für Journalisten war es bisher sehr schwierig, an

Elon Musk ist nicht nur arbeits-, sondern auch drogensüchtig.

Informationen über Tesla zu gelangen. Aus der Tesla-Fabrik in Grünheide (D) drangen praktisch keine Informationen nach aussen. Iversen schreibt: «Nicht einmal die Gewerkschaften wissen, ob bei Tesla 10 000 Euro Entschädigung und 170 000 Euro für die Prozesskosten zahlen müsse. Der Autokonzern hat Berufung gegen dieses Urteil einge-reicht.

ECHT ODER GEFÄLSCHT?
Entsprechend vorsichtig und sehr skeptisch war Iversen mit den Infor-mationen: Im Datenpaket fand er Ge-haltsangaben, Sozialversicherungs-nummern und Kündigungsgründe von über 100 000 Personen, die bei Tesla arbeiteten oder dort gearbeitet hatten. Aus den Daten ging hervor, dass Tesla jedes Jahr 20 Prozent sei-ner Belegschaft auswechselte. Dazu Informationen über Kundinnen, Ge-schäftspartner und Informationen zu Problemen der Tesla-Fahrzeuge, die aus dem internen Netzwerk des Konzerns herauskopiert worden wa-ren. Nach der Überprüfung der Infor-mationen gewann Iversen Gewiss-heit: Die Daten sind echt.

Der Whistleblower wollte wei-terhin anonym bleiben. Er schrieb über einen verschlüsselten Kanal: «Ich habe meine Arbeit und das Un-ternehmen geliebt, bis sie mich an-

griffen und mein Leben zerstörten. Es ist wahrscheinlich wichtiger, sich auf die Sache zu konzentrieren als auf eine Person.» Doch einen Monat nach dem ersten Kontakt konnte Iversen trotzdem für ein persönli-ches Treffen nach Norwegen reisen. Der Whistleblower war bereit, seine Anonymität aufzugeben: Er heisst Lukasz Krupski (39). Für einen Job bei Tesla zog er aus seiner Heimat Polen nach Norwegen. Als War-tungstechniker war er in der Hiera-chie des Konzerns ganz unten ange-siedelt. Als «Tesla-Jünger», wie er sich selber bezeichnete, war er auch bereit, einen tieferen Lohn zu ak-zeptieren. Sein Jahressalär bei Tesla lag bei etwa 45 000 Euro.

TESLA MUSS ZAHLEN
Nach dem Brand eines Autos und kritischen Rückmeldungen an seine Vorgesetzten empfand Krupski sei-nen Traumjob zunehmend als Alb-traum. Er konnte nicht mehr schla-fen und musste in psychologische Behandlung. Er begann, im inter-nen Netzwerk nach Informationen zu Fahrzeugproblemen zu suchen. Und bemerkte: Trotz seinem Status als einfacher Servicemitarbeiter hatte er Zugang zu vertraulichen Daten. Vor seiner Entlassung ko-pierte Krupski die Daten auf eine ex-terne Festplatte. Ein norwegisches Gericht kam Ende 2024 zum Schluss, dass Krupski als Whistle-blower geschützt sei und dass Tesla 10 000 Euro Entschädigung und 170 000 Euro für die Prozesskosten zahlen müsse. Der Autokonzern hat Berufung gegen dieses Urteil eige-reicht.

DIE «PRODUKTIONSHÖLLEN»
Die Koautoren von «Die Tesla Files» verweben im Buch die Geschichte ihrer Recherche mit derjenigen des Whistleblowers und mit dem Wandel von Elon Musk vom Ge-schäftsmann zum Politiker. Und sie schildern die Probleme im Zusan-menhang mit dem Autopiloten von Tesla. Dabei geht es um ungewollte Bremsmanöver und automatische Beschleunigungen, die zu Todesfäl-len geführt haben. Und sie zeigen, mit welchen Problemen die 7000 Mitarbeitenden in der Fabrik in Grünheide zu kämpfen haben. Wie mit antigewerkschaftlichen Mass-nahmen der Betriebsrat gespalten wird. Und wie das Management zu unangekündigten Hausbesuchen bei den Kranken vorbeikommt.

Im Sinkflug: Die Verkaufszahlen

Seit Anfang Jahr sind in der Schweiz nur noch 1465 neue Tesla verkauft worden. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 3714 Fahrzeuge. Damit sind die Verkaufszahlen im Ver-gleich zum Vorjahr um 60,6 Prozent eingebrochen. Der Marktanteil von Tesla beim Verkauf von Neuwagen ist von 4,8 Prozent auf 2,1 Prozent zusammengeschrumpft.

WELTWEIT. Auch in anderen Ländern sind die Verkaufszahlen von Tesla massiv zurückgegangen: minus 62 Prozent in Grossbritannien, minus 46 Prozent in Deutschland, minus 81 Prozent in Schweden... Verglichen mit April 2024 haben sich die Tesla-Verkäufe in ganz Euro-pa ungefähr halbiert. Auch im welt-weit grössten Automarkt China gab es einen Rückgang (minus 9 Pro-zent). Entsprechend schlecht sind die Quartalszahlen des Unterneh-mens: Der Gewinn ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 71 Pro-zent eingebrochen. (isc/pam)

Musk selbst bezeichnet die Tesla-Fa-briken als «Produktionshöllen».

ELON IST TESLA
In der Firma ist klar: Elon ist Tesla, Tesla ist Elon. Das Buch zeigt auch: Elon ist nicht nur arbeits-, sondern auch drogensüchtig. In einem Inter-view sagte er, dass er die Partydroge Ketamin auf ärztliche Verschreibung gegen «depressive Episoden» nehme. Es sei nützlich, um aus «negativen Gedanken» auszubrechen. Mit sei-nem Vermögen von 400 Milliarden Dollar kontrolliert Musk heute nicht nur kritische Infrastruktur im Welt-all, sondern auch die US-Regierungs-agentur Doge, mit der er Behörden und Personen, die seinen Firmen ge-fährlich werden könnten, mundtot machen kann.



Die Tesla Files, Enthüllungen aus dem Reich von Elon Musk, von Sönke Iversen und Michael Verfürden. C. H. Beck, München 2025, 246 Seiten, Fr. 36,40.

Tesla-Werk in Berlin: Kranke systematisch unter Druck gesetzt Wenn die Musk-Lakaien zweimal klingeln

Wer nicht arbeiten kann, schafft keinen Mehrwert für den reichsten Mann der Welt. Darum setzen seine Statthalter rund um die Welt Arbeiterinnen und Arbeiter unter Druck. In Deutschland stossen sie auf Widerstand.

CLEMENS STUDER
Wer krank ist, freut sich oft über einen kurzen Besuch. Doch wenn es bei kranken Arbeitenden der Tesla-Gigafactory in Grünheide bei Berlin klingelt, verheisst das nicht unbedingt etwas Gutes. Gut möglich, dass der Personalchef vor der Tür steht, um mal zu schauen, ob man wirklich krank sei. Erik Demmler heisst der Mann und pfeift auf Arztzeugnisse. Er will selber bestimmen, wer arbeiten kann. Er will die Diagnose wissen. Und er schaut auch gerne in die Apothe-ken-Plasticsäcke der Überraschungs-besuchten. Wer das Arztgeheimnis nicht «freiwillig» aufhebt, muss damit rechnen, dass Tesla einfach mal den Lohn nicht auszahlt.

WARUM SO KRANK?
Tesla-Standort-Leiter André Thierig und sein Personalchef Erik Demmler geben zur Begründung ihrer Überfälle auf Kranke die im Vergleich mit der Konkurrenz vielen kranken Mitarbei-tenden an. Und tatsächlich: Bei Tesla in Grünheide erreichte der Kranken-stand in den Sommermonaten 2024 zeitweise 15 Prozent oder mehr. In einzelnen Monaten wurde sogar von einem Krankenstand von bis zu 17 Prozent berichtet. Zum Vergleich: Der Krankenstand in der deutschen Metall- und Elektroindustrie, zu der die Autobauer gehören, lag im Jahr 2023 bei 5,8 Prozent.

Kurz: Bei Tesla ar-beiten macht krank. Doch davon wollen die deutschen Tesla-Manager so wenig wissen wie ihr Boss in den USA. Stossrichtung: «Echte» rechnen. In mehreren Fällen wurde der Lohn der Krankgemeldeten von Tesla einbehalten. Laut IG Metall ging die Musk-Firma dann auch noch auf die Beschäftigten los mit der Aussage, eine «Überbezahlung» festgestellt zu haben, da der oder die Beschäftigte ir-rümlich während der Krankschrei-bung bezahlt worden sei. Die «Schul-den» würden sie dadurch los, dass sie einen Aufhebungsvertrag unterzeich-neten. Dazu sagt Dirk Schulze, IG-Me-tall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen: «Die vermeintlichen Über-bezahlungen sind in fast allen Fällen nichts als haltlose Behauptungen.»



DER KÖNIG UND SEIN STATTHALTER: Elon Musk mit André Thierig, Werksleiter der Fabrik in Grünheide (D). FOTO: KEYSTONE

Kranke gibt's für sie kaum, dafür jede Menge Simulantinnen und Weicheier. Als «Beweis» ziehen Thierig und Demmler die Leiharbeitenden heran. Bei den Prekär-Beschäftigten sei der Krankenstand schliesslich viel tiefer. Anders sehen das die Arbeitenden und ihre Gewerkschaft. Die IG Metall führte im November 2024 eine Umfrage unter den Tesla-Beschäftig-ten durch. Die Ergebnisse zeichnen von «arbeitsbedingten Schmerzen». Nur 10 Prozent konnten sich vorstel-len, die derzeitige Belastung bis zur Pensionierung durchzuhalten. «Kno-chenarbeit in der Gigafactory» – so fasste die Gewerkschaft die Situation zusammen. Die Zustände haben sich seither nicht verbessert. Im Gegenteil: Wäh-rend im Vorjahr die rund 12 500 Be-schäftigten rund 5000 Fahrzeuge pro Woche produzierten, sollen es dieses Jahr mit 10 Prozent weniger Personal 7500 Autos pro Woche sein.

GUTJAHR AUF MUSKS SPUREN
Antisoziale Amis halt, könnte man denken. Doch halt, es muss nicht Trump-Land sein, der Thurgau reicht auch. Dort führt SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr das vom Papi geerbte Ge-schäft. So wenig wie Elon Musk kann sie es verputzen, wenn Arbeitende ausfallen, weil sie krank sind. Auch Gutjahr hält Krankengeschriebene für Weicheier, die sich um die Arbeit drücken. Darum will auch sie das Arztgeheimnis aufheben und möchte am liebsten gleich «gewerbe-nahe Ärzte» work hat Gut-jahrs Fieberträume hier ausführlich gewürdigt: [rebrand.ly/arztgeheim-nis](https://rebrand.ly/arztgeheimnis).

IG METALL WIRD SYSTEMATISCH IN IHRER ARBEIT BEHINDERT BETRIEBSRAT ALS REINES SCHOSSHÜNDCHEN

Elon Musk macht kein Geheim-nis daraus: Er hasst Gewerk-schaften. In Deutschland dage-gen geniessen Betriebsräte und Gewerkschaften gesetzlichen Schutz. Diesen Widerspruch versuchte Tesla zu lösen, indem der obligatorische Betriebsrat bereits vor der offiziellen Eröff-nung des Werkes gewählt wurde. Damals waren noch kaum Pro-duktionsmitarbeitende einge-stellt, die rund 2000 Beschäftig-ten gehörten meist zum Kader. Wenig überraschend gewannen unternehmensnahe Vertreterin-nen und Vertreter. Die sich gleich auch noch offen gewerkschafts-feindlich positionierten. Doch der Trick mit der Schnellwahl ge-lang nur halb. Denn das deut-sche Gesetz sieht vor, dass bei starkem Personalabbau oder Personalwechsel der Betriebsrat neu gewählt werden muss. Das geschah nach längerem Hin und Her und einem von Seiten der Firmenleitung offensichtlich zu ihren Gunsten beeinflussten Wahlkampf im März 2024.

WIDERSTAND. Die IG Metall wurde trotz allen Schikanen die stärkste Kraft. Verpasste aber die absolute Mehrheit. Darum ist immer noch Michaela Schmitz Betriebsratschefin. Sie sagt: «Das letzte, was wir brau-chen, ist eine Gewerkschaft.» Die IG Metall kämpft an allen Fronten und auf allen Parketten. Mit zunehmendem Erfolg. Trotz massiven Einschüchterungen, zum Teil auch durch den Werk-schutz, engagieren sich immer mehr Gigafactory-Arbeitende in der Gewerkschaft. Und trotz allen Behinderungen von Management und Betriebsrats-mehrheit unterschrieben 3086 Tesla-Beschäftigte im März 2025 eine Petition der IG Metall. Sie verlangen unter anderem län-gere Pausen, ein Ende der Unter-besetzung und den Stop von Schikanen. Die Petition wurde bei der Betriebsversammlung der Werksleitung übergeben. (cs)



Europa
Regula Rytz

Rezepte gegen rechts
Sichere Brücken
statt Stacheldraht

Das gab's noch nie: Zwei Anläufe brauchte Friedrich Merz, um deutscher Kanzler zu werden. Der holprige Start war Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten. Die AfD frohlockte und verlangte subito Neuwahlen. Sie kommt der CDU in Umfragen immer näher. Das erhöht auch das Dilemma der Sozialdemo-



Regula Rytz, Delegierte bei den European Greens, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen «Denknetzes».

kraten. Denn sie müssen sich nun laufend fragen: Wie viele Kröten wollen wir schlucken, um noch Schlimmeres zu verhindern? Und wo führt das alles hin?

BOLLWERK. Erste Erfahrungen zeigen, dass die neue schwarz-rote Regierungskoalition in Deutschland alles andere als harmonisch ist. So hat Merz in der europäischen Kommission (also in der EU-Regierung) im Mai die Beerdigung der Lieferkettenrichtlinie verlangt. Diese will die Sozial- und Umweltrechte im globalen Handel sichern und steht seit langem unter rechtslibertärem Beschuss. Doch Merz kann nicht einfach tun und lassen, was er will. Er hat sich im Koalitionsvertrag mit der SPD verpflichtet, an der Sorgfaltpflicht von europäischen Konzernen festzuhalten. Je mehr Streit er dazu anzettelt, desto weniger wird er die Hoffnung erfüllen, Europa als Bollwerk gegen Autoritarismus und orange Zollerpressungen zu stärken.

KITT. Dabei ist es genau das, was die Bürgerinnen und Bürger Europas von ihren Regierungen erwarten. Das neuste «Europa-Barometer» zeigt, dass ihr Vertrauen in die EU so gross ist wie seit 20 Jahren nicht mehr: 89 Prozent der Befragten glauben, dass mehr Zusammenhalt entscheidend ist, um die globalen Herausforderungen zu stemmen. 74 Prozent sind der Meinung, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert – das beste Ergebnis aller Zeiten. Die Umfrage legt aber auch Probleme auf den Tisch. So rechnet ein Drittel der EU-Bevölkerung in den kommenden Jahren mit einem Rückgang ihres Lebensstandards. Sorgen machen vor allem die Inflation und die steigenden Lebenshaltungskosten. Gelingt es der EU nicht, die soziale Lage zu verbessern und die Ausgleichsmassnahmen zwischen den ärmeren und den reicheren Ländern fortzuführen, dann bröckelt der Kitt. Und dann wird die extreme Rechte stärker als je zuvor.

Eine entscheidende Rolle für die Zukunft Europas spielt deshalb die Finanzpolitik. Die EU und auch Deutschland haben unter dem Druck globaler Krisen die Schuldenbremsen gelockert. Das ist gut, aber nicht gut genug. Denn wenn mit den freigespielten Milliarden nur die Sicherheitsausgaben erhöht werden, ohne gleichzeitig in öffentliche Dienstleistungen und die kommunale Infrastruktur zu investieren, dann führt das in die Sackgasse. Studien belegen, dass der Aufstieg des Populismus nicht nur durch wirtschaftliche Not angetrieben wird, sondern durch die Wahrnehmung, dass etablierte Parteien die normalen Menschen im Stich lassen. Gerade auch in den ländlichen Gebieten. Wo öffentliche Dienstleistungen fehlen oder schwer zugänglich sind, wachsen das politische Misstrauen und die extreme Rechte. Man kann Merz & Co. deshalb nur zurufen: Sichere Brücken, gute Bildung und pünktliche Züge sind die klügere Antwort auf die AfD als migrationspolitische Stacheldrähte und soziale Deregulierungswellen.

Regula Rytz schreibt hier im Turnus mit Roland Erne, was die europäische Politik bewegt.

Italien: Fünf Referenden gegen Prekarität und Unsicherheit
An die Urnen, Compagni!



DIE ABSTIMMUNG IST UNSER AUFSTAND: Der Gewerkschaftsbund CGIL bewirbt die Ja-Parole für die Abstimmung vom 8. und 9. Juni. FOTO: KEYSTONE / DIEGO NANGANO CAPPELLO, AVALON

Mit Referenden wollen die Gewerkschaften in Italien die schädlichsten Gesetze für Arbeitnehmende aufheben. Auch Italienerinnen und Italiener in der Schweiz können abstimmen. Es steht viel auf dem Spiel.

MATTIA LENTO*

Am 8. und 9. Juni sind die italienischen Stimmberechtigten dazu aufgerufen, über fünf Referenden abzustimmen. Italien war einst reich an Schutzmassnahmen für Arbeitnehmende. Doch heute ist die Situation für viele Arbeitnehmende inakzeptabel: Entlassungen werden immer einfacher, Temporärarbeit ist vorherrschend, und Sicherheit ist in vielen Bereichen zu einer Fata Morgana geworden. Aus diesem Grund hat die CGIL, der Gewerkschaftsbund mit mehr als 5 Millionen Mitgliedern, vier Referenden gestartet. Diese sollen die schädlichsten Vorschriften für die Arbeitnehmenden aufheben. Bei vier Referenden geht es um das Thema Arbeit, eines zielt darauf ab, die Einbürgerung für die ausländische Bevölkerung zu erleichtern.

MEHR SCHUTZ UND SICHERHEIT

Die fünf Volksbegehren werden von einer breiten Koalition aus Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt. Der erfolgreiche Ausgang des Referendums hängt jedoch davon ab, dass das Quorum von 50 Prozent erreicht wird: Nur wenn sich mindestens die Hälfte aller

Stimmberechtigten beteiligen, gilt die Abstimmung als gültig und hat direkte und unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Deshalb ist es wichtig, dass alle Italienerinnen und Italiener abstimmen, auch wenn sie nicht in Italien leben. Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt: «Die Themen der Referenden sind die gleichen wie die, für die wir kämpfen: gegen die Prekarität, für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz und für einen leichteren Zugang zur Staatsbürgerschaft.» Die Gewerkschaft Unia fordert die italienischen Bürgerinnen und Bürger deshalb auf, abstimmen zu gehen und fünf Mal mit JA zu stimmen.

Die Gewerkschaft Unia unterstützt die Referendumskampagne, indem sie sich dem «Schweizerischen Komitee für ein Ja zu den Volksabstimmungen» anschliesst (für Informationen zum Komitee schreiben Sie an comitatosvizzero@gmail.com). Das Komitee begründet sein Engagement so: «In der Schweiz ist die italienische Gemeinschaft die grösste ausländische Gemeinschaft. Die Bedeutung der Arbeit, fehlende Arbeit und unzureichender Schutz zwangen und zwingen noch heute die Italienerinnen und Italiener dazu, ihr Land zu verlassen. Wir sind auch überzeugt, dass unsere grosse Gemeinschaft, die in der Schweiz gut integriert ist, heute für die Frage der Staatsbürgerschaft und der Integration in einem neuen Land sensibilisiert sein muss. Aus diesen Gründen, die mit unserer eigenen Migrationsgeschichte zusammenhängen, haben wir beschlossen, ein nationales, einheitliches und bürgerchaftliches Komitee zu gründen, um die Referendumskampagne für fünf Mal ein Ja zu unterstützen.»



* Dieser Artikel erschien zuerst in der italienischsprachigen Unia-Zeitung Area. Der Beitrag, einschliesslich eines Video-Interviews mit Vania Alleva, ist unter rebrand.ly/referendum-italien abrufbar.

DIE 5 REFERENDEN:
DARUM GEHT'S

Ungerechtfertigte Entlassungen: Das erste Referendum zielt darauf ab, Entlassungen ohne triftigen Grund zu verhindern.

Mehr Schutz in kleinen Unternehmen: In Unternehmen mit weniger als 16 Beschäftigten erhalten Arbeitnehmende im Falle einer unrechtmässigen Entlassung eine Entschädigung von maximal sechs Monatslöhnen. Das zweite Referendum will die Entschädigung auf der Grundlage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens, der familiären Belastungen und des Alters der entlassenen Person festlegen und erhöhen.

Verringerung der prekären Arbeit: In Italien haben etwa 2,3 Millionen Menschen befristete Arbeitsverträge. Unternehmen können befristete Arbeitsverhältnisse für bis zu zwölf Monate festlegen, ohne dies zu begründen. Das dritte Referendum will, dass die Arbeitgeber befristete Verträge begründen müssen.

Mehr Sicherheit: Das vierte Referendum zielt darauf ab, das Problem der Vergabe von Unteraufträgen im Zusammenhang mit Arbeitsunfällen anzugehen. Heute haftet das auftraggebende Unternehmen bei Unfällen im Subunternehmen nicht. Das soll sich mit dem Referendum ändern. Das auftraggebende Unternehmen erhält dadurch einen Anreiz, seriöse Subunternehmen einzusetzen, die die Unfallverhütungsvorschriften einhalten.

Staatsbürgerschaft: Das fünfte Referendum will, dass Migranten und Migrantinnen bereits nach 10 statt erst nach 15 Jahren rechtmässigen Aufenthalts die Staatsbürgerschaft beantragen können, so dass die Staatsbürgerschaft auch an minderjährige Söhne und Töchter weitergegeben werden kann.

Ukraine: Oberster Gewerkschafter verhaftet, Zentrale beschlagnahmt
Selenski will den Gewerkschaften ans Leder

Neoliberale in Kiew wollen das Arbeitsrecht schleifen. Und müssen dazu erst die Gewerkschaften aus dem Weg räumen.

JONAS KOMPOSCH

Angedroht hatte es Wolodimir Selenski schon lange. Nun hat der ukrainische Staatschef ernst gemacht. Er liess das «Haus der Gewerkschaften» beschlagnahmen und an einen privaten Manager übertragen. Damit verliert der landesweit grösste Gewerkschaftsbund FPU nicht nur seinen Verwaltungshauptsitz im Zentrum Kiews, sondern auch seine historisch wichtigste Immobilie. Durchgeführt hat die Konfiszierung die Nationale Agentur für die Suche und Verwal-

tung von Vermögenswerten (Arma). Auf ihren Coup scheint die Behörde sichtlich stolz. So zeigt sie in einem mit martialischer Musik unterlegten Video, wie ihre Agenten das Gewerkschaftshaus stürmen und besetzen. Schon am 9. April waren fünf Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet worden, darunter Grygoriy Osovyi, Präsident des FPU und Exekutivrat im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Er war gerade auf dem Weg an eine regionale Versamm-

lung, als ihn die Polizei abführte. Der Grund: Er soll eine «kriminelle Organisation» mitgegründet und Gewerkschaftseigentum veruntreut haben. Die Staatsanwaltschaft forderte 60 Tage Haft. Letztlich wurde Osovyi schon nach einer Nacht in Untersuchungshaft entlassen, steht seither aber unter Hausarrest. Der Europäische Gewerkschaftsbund hat die Repression gegen sein Exekutivmitglied sofort verurteilt. Auch Unia-Präsidentin Vania Alleva hat dem FPU die «volle Solidarität» zugesichert. Ebenso Luc Triangle, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbunds: «Die Verhaftung ist ein direkter An-

griff auf die Rechte aller Arbeitenden und eine ernste Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt in der Ukraine.»

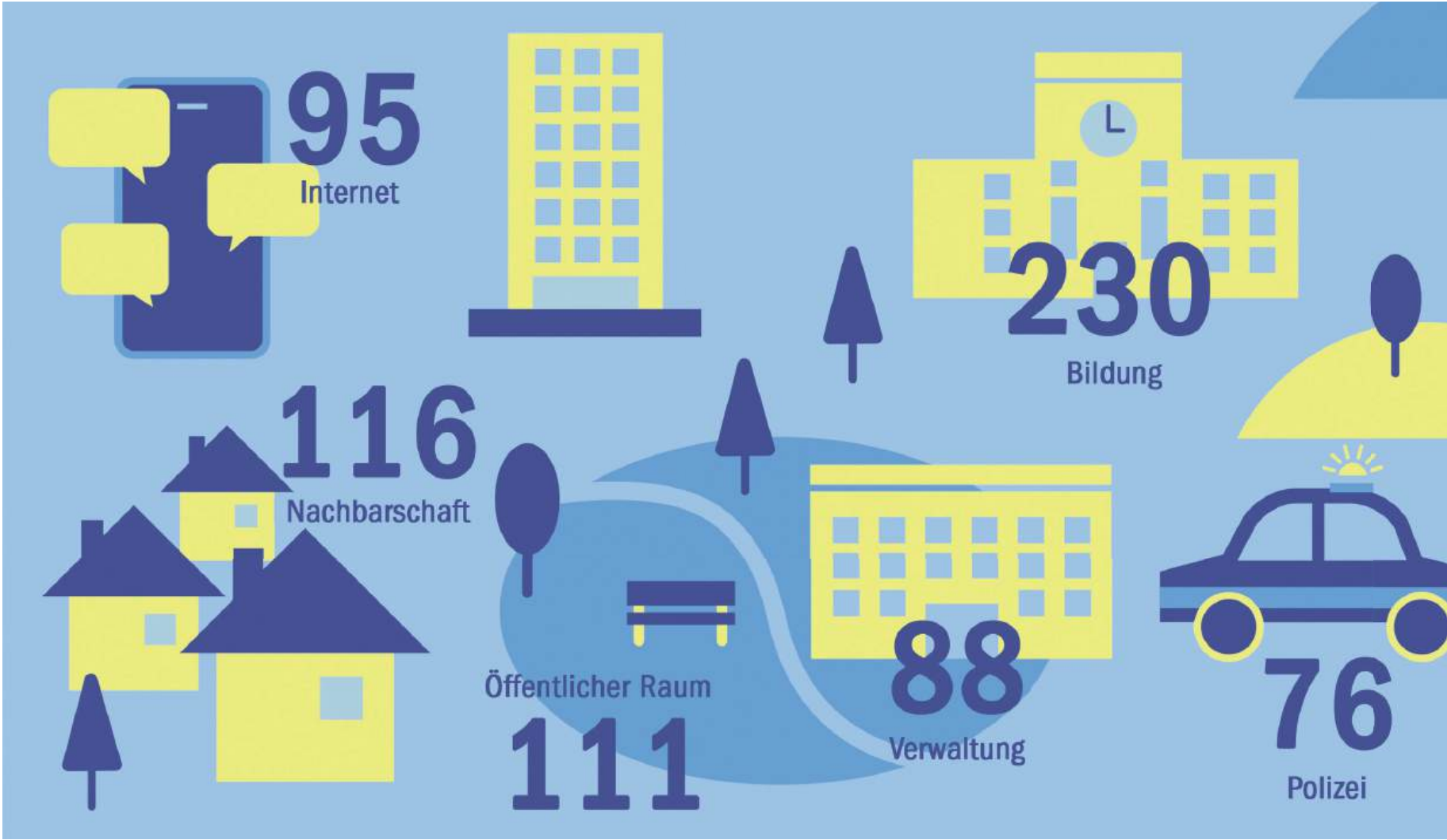
KRIEGSRECHT AUSGENÜTZT. Hintergrund der Angriffe ist ein alter Kampf um das teils noch sowjetisch geprägte Arbeitsrecht. Neoliberale Kreise wollen es möglichst komplett schleifen, sind aber bisher von den Gewerkschaften gebremst worden. Doch seit der russischen Vollinvasion sind diese arg geschwächt und mit humanitärer Nothilfe beschäftigt. Tausende ihrer Mitglieder stehen an der Front. Und Streiks oder Demos sind unter dem Kriegsrecht verboten. Eine günstige Gelegenheit, die sich die Regierung nicht entgehen lassen will.



VERHAFTET: Gewerkschafter Grygoriy Osovyi. FOTO: ZVG

Zunehmender Rassismus in der Schule, am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft

Jeden Tag drei rassistische Vorfälle in der Schweiz



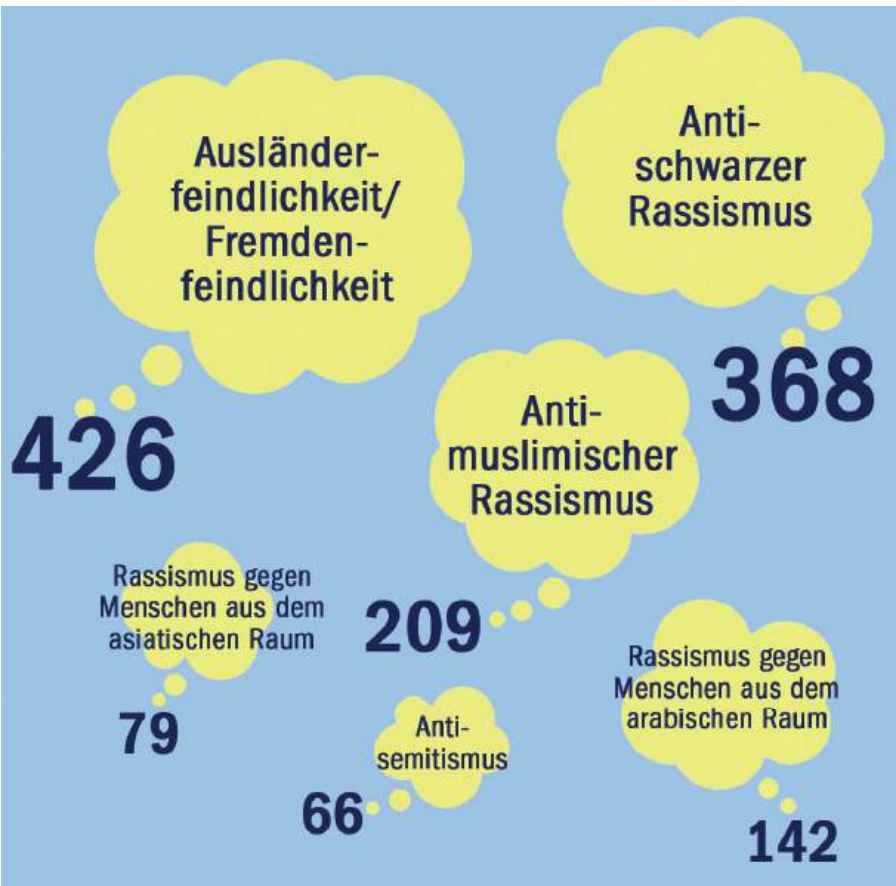
WO RASSISMUS SICH AUSBREITET: Ob in der Ausbildung, unter Nachbarn oder im öffentlichen Raum, Rassismus ist leider allgegenwärtig. GRAFIKEN: BERATUNGSNETZ FÜR RASSISMUSOPFER

Der neue Rassismusbericht ist alarmierend: In nur einem Jahr sind die gemeldeten Fälle um 40 Prozent gestiegen. Rassismus findet am häufigsten in der Ausbildung und am Arbeitsplatz statt.

DARIJA KNEŽEVIĆ
Rassismus gehört in der Schweiz zur Tagesordnung. Im Vergleich zum Vorjahr sind die gemeldeten Fälle um 40 Prozent gestiegen. Die nationalen Beratungsstellen haben im vergangenen Jahr 1211 Fälle von rassistischer Diskriminierung ausgewertet. Unia-Migrationssekretärin Nivalda Still sagt: «Rassismus passiert jeden Tag. Bricht man die gemeldeten Fälle aus dem Bericht herunter, kommt es täglich zu drei rassistischen Vorfällen. Und das sind nur die gemeldeten Fälle, die Dunkelziffer dürfte viel höher liegen.» Besonders alarmierend: Bei der Ausbildung oder am Arbeitsplatz kommt es am häufigsten zu Vorfällen.

Besonders betroffen ist die Pflegebranche.
Dass gerade am Arbeitsplatz rassistische Vorfälle so häufig sind, nimmt die Gewerkschaft Unia ernst. Migrationssekretär Hilmi Gashi sagt: «Es ist die Pflicht der Arbeitgeber sicherzustellen, dass für Rassismus am Arbeitsplatz eine Nulltoleranz gilt.»

KEINE ANGST VOR KONSEQUENZEN
Der Bericht vom Beratungsnetz für Rassismusopfer streicht besonders den Rassismus im Gesundheitswesen hervor. Das Fallbeispiel aus einem Pflegeheim zeigt, wie Pflegekräfte beleidigt werden: «Frau Y. arbeitet in einem Pflegeheim und wird dort von einem demenzkranken Bewohner regelmässig



WEN ES AM MEISTEN TRIFFT: Dunkelhäutige Menschen und Muslime sind in der Schweiz am häufigsten mit Rassismus konfrontiert.

rassistisch beleidigt, unter anderem mit dem N-Wort. Trotz der Anfeindungen verrichtet sie ihre Arbeit gewissenhaft und mit der gleichen Sorgfalt wie immer. Nach etwa einem Jahr fordert die Ehefrau des Patienten, dass Frau Y. ihn nicht mehr pflege, die Hautfarbe von Frau Y. rege ihren Mann auf. Es wird in einem gemeinsamen Gespräch entschieden, dass Frau Y. den Mann nicht mehr betreut. Die Ehefrau macht dabei abwertende Kommentare über «afrikanische» Pflegekräfte.»

Für den Anstieg der Rassismusfälle gibt es keine simplen Erklärungen. Doch Migrationssekretärin Nivalda Still sieht einen Zusammenhang mit der aktuellen Weltlage: «Wir können beobachten, dass immer mehr Menschen

ungehemmt rassistische Aussagen treffen. Ohne Angst vor Konsequenzen.» Rassistische Aussagen würden als «Witz» abgetan. «Nichtbetroffene müssen lernen, wo Rassismus beginnt», sagt sie. Im aktuellen Bericht melden sich grösstenteils die Betroffenen selbst. Doch rund ein Drittel der Fälle wurden durch Zeuginnen, Angehörige oder Fachpersonen gemeldet.

FREMDENFENDLICHE POLITIK
Über Fremdenfeindlichkeit wird öffentlich zunehmend schamloser debattiert. Das zeigt die Kampagne der SVP zu ihrer «Keine 10-Millionen-Schweiz!»-Initiative (work berichtet: rebrand.ly/10Mio-SVP). An der diesjährigen Migrationskonferenz der Unia verabschiede-

Gewerkschaft: Hilfe bei Rassismus

Erleben Sie Rassismus am Arbeitsplatz, in der Schule oder in der Nachbarschaft? Der neue Ratgeber der Unia bietet Hilfe. Dabei ist es besonders wichtig, Rassismus anzusprechen und Solidarität zu zeigen mit Menschen, die diesen erleben. Rassistische Vorfälle können über die Website reportonline racism.ch gemeldet werden.

BITTE MELDEN. Und wer am Arbeitsplatz selbst von rassistischem oder diskriminierendem Verhalten betroffen ist oder dies bei Arbeitskolleginnen und -kollegen beobachtet, kann sich bei seiner Vertrauensperson im Betrieb und bei der Gewerkschaft Unia melden. Dasselbe gilt bei Berufsschulen. Mehr Infos sind unter folgendem Link zu finden: rebrand.ly/antirassismus-unia

ten deshalb die Unia-Mitglieder eine Resolution. Unter dem Deckmantel der «Nachhaltigkeit» greift die SVP die Löhne aller an – unabhängig, ob mit oder ohne Schweizer Pass. Unia-Mann Gashi sagt: «Die SVP-Initiative dürfen wir nicht unterschätzen. Die Rechte aller Arbeiterinnen und Arbeiter werden massiv beschnitten. Je prekärer der Aufenthalt, desto prekärer die Arbeitsbedingungen. Diese Prekarität begünstigt Lohndumping.» Denn die Initiative greift frontal die Personenfreizügigkeit an. Die Folgen: mehr Lohndumping, schlechtere Arbeitsbedingungen, mehr Unsicherheit.

Die Resolution kritisiert auch den Stopp des Familiennachzuges. Laut SVP-Initiative soll dieser ab 9,5 Millionen Einwohnern gebremst werden. Die Unia-Mitglieder machen klar: «Die Arbeiterinnen und Arbeiter schaffen den Wohlstand – ohne Respekt vor unseren Arbeits-, Lohn- und Lebensbedingungen gibt es keine legitime Politik.»

ECHE SYMBOLPOLITIK NEUES GESETZ SOLL RASSISTEN HART ANPACKEN

Seit Oktober 2023 arbeitet das Parlament an einem neuen Bundesgesetz über ein «Verbot der öffentlichen Verwendung von rassendiskriminierenden, gewaltverherrlichenden oder extremistischen Symbolen, wie beispielsweise nationalsozialistischen Symbolen». Das Geschäft ist zurzeit beim Bundesrat. Konkret geht es darum, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, welche die öffentliche



LIEBER SCHWEIGEN: Manche Aussagen gehören verboten. FOTO: ISTOCK

Verwendung, das öffentliche Tragen, das öffentliche Zeigen sowie das öffentliche Verbreiten von rassendiskriminierenden, gewaltverherrlichenden oder extremistischen Zeichen unter Strafe stellt. Dazu gehören nationalsozialistische Propagandamittel, Zeichen, Symbole und Fahnen, Gesten, Parole und Grussformen.

SCHRITTWEISE. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) begrüsst diesen Gesetzesentwurf, äussert aber in einer Stellungnahme Bedenken an der engen Auslegung. Das Parlament und der Bundesrat haben nämlich beschlossen, schrittweise vorzugehen und in einem ersten Schritt Symbole zu verbieten, die mit dem Dritten Reich in Verbindung stehen. Erst in einem zweiten Schritt soll das Verbot auf andere rassistische und extremistische Symbole ausgeweitet werden, um die Forderung der Uno-Kommission für Menschenrechte zu erfüllen.

RASCH VORAN. Der SGB begrüsst ein generelles Verbot von rassistischen, nationalsozialistischen, extremistischen und gewaltverherrlichenden Symbolen. Deshalb fordern die Gewerkschaften Bundesrat und Parlament auf, die Umsetzung des zweiten Schrittes rasch vorzunehmen. Denn sonst entsteht eine Ungleichbehandlung beim Schutz von Menschen, die im öffentlichen Raum durch rassistische und extremistische Symbole verletzt werden.

Denknetz-Anlass
Europa im
Trumpismus-
Zeitalter

Europa ist im Krisenmodus. Die global vernetzte Wirtschaft taumelt, und die internationalen Organisationen sind geschwächt. Als Reaktion auf die globalen Verwerfungen sind die EU sowie neuerdings auch Deutschland bereit, die Schuldenbremse zu lockern und Hunderte Milliarden in Infrastrukturen und Verteidigung zu investieren. Höhlt die neue EU-Kommission gleichzeitig den Green Deal und die Politik der sozialen Verantwortung aus? Welche Rolle wird die neue deutsche Regierung in den aktuellen Krisen spielen? Und wie stark sind die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die für ein nachhaltigeres und gerechteres Europa kämpfen? Zur Diskussion dieser Fragen hat die linke Denkfabrik Denknetz mit Unterstützung der Unia und der Grünen Sven Giegold nach Zürich eingeladen. Sven Giegold war Mitbegründer von Attac Deutschland und des internationalen Tax Justice Network. Und verantwortlich für die Europapolitik im Bundesvorstand vom Bündnis 90 / Die Grünen.

Europa im Zeitalter des Trumpismus. Kommt es zum Rollback bei der Sozial- und Umweltpolitik? 26. Mai, 20 Uhr, Strassburgstrasse 11, Zürich.

SP-Debatte zur EU
Europa – wie weiter?

Seit 25 Jahren regeln die bilateralen Verträge die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. SP-Co-Präsident Cédric Wermuth und Ex-SGB-Präsident Paul Rechsteiner diskutieren via Zoom über



FOTOS: KEYSTONE

die Weiterentwicklung dieser Verträge. Was umfasst der Vorschlag, der vom Bundesrat ausgehandelt wurde? Wie soll das Verhältnis der Schweiz zu Europa aus gewerkschaftlicher Sicht aussehen? Und wie können Lohnschutz und Service public weiterhin Teil dieses bilateralen Weges sein?

Onlinediskussion, 26. Mai, 19–20.30 Uhr, anmelden bis am 23. Mai auf rebrand.ly/bilateral.

Antira Cup
Grümpis
gegen Hass

Fussballfreundinnen aufgepasst! Die Profisaison neigt sich zu Ende, die Zeit der Amateure naht! Landauf, landab finden bald wieder Grümpelturniere statt. Eine ganz feine Gattung dieser Volkssportgaudis sind die sogenannten Antira Cups, also Turniere gegen Rassismus. Dort herrscht ein deutlich sportlicherer Umgang auf dem Rasen. Und auch neben dem Feld geht's gschmeidig zu, einschliesslich politisch-kulinarisch-kultureller Leckerbissen. Jetzt Teams anmelden.

Die diesjährigen **Antira Cups** finden statt in Winterthur (5. 7.), in Bern (12. 7.), im Tessin (19. 7.) und in Luzern (9. 8.). Mehr Infos via die Suchmaschine Ihres Vertrauens.

Neues Buch über den «Schweizer Kapitalismus»
Wider die vielen Mythen des
Chuchichäschтли-Kapitalismus

Mustergültig demokratisch und nachgerade klassenlos: So präsentiert sich die bürgerliche Schweiz gerne. Ein neues Buch zerlegt die Mythen mit Zahlen und Fakten.

CLEMENS STUDER

Wenn es der sprichwörtlich grösste Trick des Teufels ist, die Menschen glauben zu machen, er existiere nicht, so ist es eine ebenso grosse List der Kapitalistenklasse, die Arbeiterklasse davon zu überzeugen, dass sie nicht existiere. Und die Schweizer

Die klug kuratierten Texte bieten eine kritische Gesamtschau.

Herrschenden sind ganz besondere Meister darin, sich ganz besonders nicht-existent zu geben. Ein neuer Sammelband nimmt einen neuen und sehr gelungenen Anlauf, die Mythen dieses putzigen Chuchichäschтли-Kapitalismus zu entlarven.

Die Herausgeber Arman Spéth, Dominic Iten und Lukas Brügger bieten mit ihrer klug kuratierten Textsammlung eine kritische Gesamtschau auf die historischen Kontinuitäten und strukturellen Brüche der Schweiz, ihrer politischen Mythen und imperialen Verflechtungen.

IMMER DABEI

Das Buch gliedert sich in drei Teile: die historische und strukturelle Entwicklung des Schweizer Kapitalismus, seine sozialen Verhältnisse und die Rolle des Staates und der Öffentlichkeit. Den Auftakt macht Willi Eberle mit einer Entstehungsgeschichte des helvetischen Kapitalismus. Er zeigt, wie sich die Schweiz – ohne Kolonien, aber tief in koloniale Wirtschaftsstrukturen eingebettet – zu einem Standort entwickelte, der Gewinne international abschöpft, ohne im Inneren mit offensichtlicher Unterdrückung regieren zu müssen. Juri Auderset erweitert diese Perspektive um die ökologische Dimension. Wie sich diese Einbindung in die Weltwirtschaft auf die innere Dynamik auswirkt, analysieren Roland Herzog und Hans Schäppi anhand der Entwicklung der Profitrate – diesem Schlüsselkriterium marxistischer Krisentheorie.

AUSBEUTUNG

Daran anschliessend erklären Spéth und Michael Graff die Internationalisierung der Schweizer Wirtschaft als Folge des strukturellen Wachstumszwangs des Kapitals. Dass die Grundlage dieses «Erfolgsmodells» zu einem erheblichen Teil aus unbezahlter oder schlechtbezahlter Betreuungs- und Pflegearbeit von Frauen besteht, legt Mascha Ma-



MÄRLITRAM: Die herrschende Erzählung über die Schweiz sind die Erzählungen der Herrschenden. FOTO: VBZ

dörin dar. Anke Schaffartzik, Hanspeter Wieland und Christian Dorninger zeigen, wie die Schweiz Reichtum in Form von Ressourcen importiert, aber die ökologischen und sozialen Lasten ihrer Produktionsweise in den globalen Süden exportiert. Michael Roberts rundet diesen ersten Teil mit einer Analyse des Finanzplatzes Schweiz ab.

WAHRE MENSCHEN – WARE MENSCH

Der zweite Teil ist den sozialen Strukturen gewidmet. Ueli Mäder legt dar, wie sich Ungleichheit in allen Lebensbereichen fortsetzt – Einkommen, Vermögen, Wohnen, Bildung. Hans Baumann und Robert Fluder zeigen auf, dass das Wachstum der Nachkriegszeit keine Umverteilung bewirkte, sondern Ungleichheit fortschrieb. In Gespräch mit den Herausgebern zeigen Stéphanie Ginalschi und Matthieu Leimgruber die Macht und Vernetzung der Schweizer Eliten auf. Jacqueline Kalbermatter analysiert die Migrationspolitik als System zur gesellschaftlichen Kontrolle: Integration erscheint hier nicht als Ziel demokratischer Einbindung, sondern als arbeitsmarktpolitisches Instrument, das Überwachung statt Teilhabe organisiert. Kalbermatter spricht in diesem Kontext treffend von «Kontrolllücken» – strukturellen Leerstellen, die es Unternehmen erlauben, von migrantischer Arbeit zu profitieren, ohne sich mit den sozialen Kosten auseinanderzusetzen zu müssen.

WAS TUN?

Im dritten Teil wird das Verhältnis von Staat, Politik und Öffentlichkeit genau untersucht. Dominic

Iten interpretiert die Schweizer Neutralität als geopolitische Strategie eines kleinen, wirtschaftlich ehrgeizigen Staates, der moralische Rhetorik mit praktischer Geschäftstüchtigkeit verbindet. Georg Kreis analysiert die Schweizer Beziehungen zum Apartheid-Regime Südafrikas. Die Rolle der Medien im neoliberalen Strukturwandel nehmen Lukas Brügger und Eugen Rieser unter die Lupe. Fazit: Die wirtschaftliche Verwertungslogik hat das kritische Potential der Medien weitgehend unwirksam gemacht. Den Abschluss des Buches und gleichzeitig ein Kernstück bildet das Gespräch mit dem Arzt, Aktivisten und ehemaligen Tessiner SP-Nationalrat Franco Cavalli. Cavalli macht deutlich, wie schwierig es für linke Kräfte ist, im schweizerischen Konkordanzsystem wirksam politisch zu intervenieren. Eine linke Strategie muss für Cavalli deshalb sowohl im als auch gegen den Staat operieren – mit dem Ziel, über parlamentarische Stellschrauben hinaus grundlegende Machtverhältnisse zu verändern. Oder anders gesagt: Die direkte Demokratie radikal zu demokratisieren.

work meint: absolute Leseempfehlung!



Arman Spéth, Dominic Iten, Lukas Brügger (Hg.): **Schweizer Kapitalismus. Erfolgsmodell in der Krise**, Mandelbaum Verlag, ISBN 978399136-518-1.

work1xl der wirtschaft

Noémie Zurlinden



GAV SCHÜTZEN VOR LOHNVERLUST

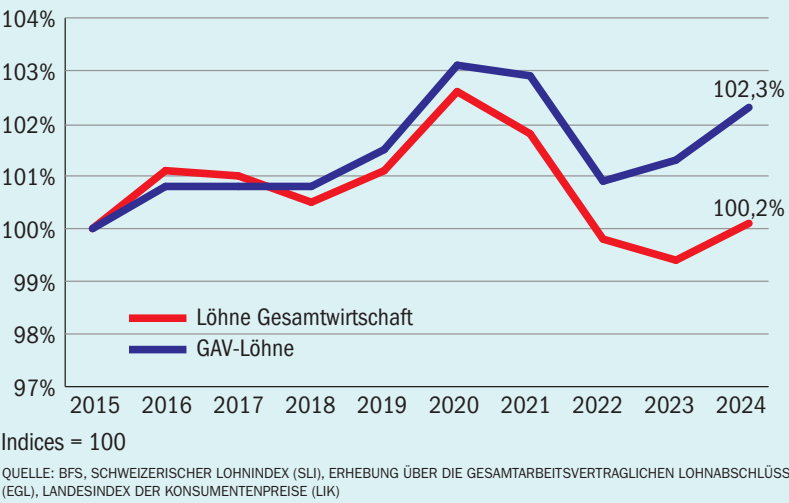
Im April lag die Teuerung in der Schweiz bei 0 Prozent, gemessen mit dem Landesindex der Konsumentenpreise (LIK). Das heisst, dass die Preise im Durchschnitt nicht weiter anstiegen. Dies nach einer Zeit mit hoher Teuerung, vor allem 2022 und 2023: Die Preise sind heute durchschnittlich fast 7,5 Prozent höher als Ende 2020.

WEIT ENTFERNT. Leider hinken die Löhne der Preisentwicklung aber immer noch hinterher. Da die Arbeitgeber die Löhne nicht genügend erhöhten, sanken die Reallöhne (die um die Teuerung korrigierten Löhne) in den drei Jahren von 2021 bis 2023. Die Arbeitnehmenden hatten also immer weniger Geld im Portemonnaie. Erst 2024 sind die Reallöhne endlich wieder gestiegen. Das zeigen die neusten Zahlen des Schweizerischen Lohnindex (SLI) des Bundesamts für Statistik. Aber: Das reicht

noch längst nicht, um das Lohnniveau von vor der Coronakrise zu erreichen. Die Reallöhne liegen heute auf dem Niveau von 2015! Eigentlich sollten die Reallöhne mindestens mit der Produktivität wachsen – das heisst, um etwa 1 Prozent pro Jahr (langjähriges durchschnittliches Produktivitätswachstum). Davon sind wir weit entfernt.

GAV HILFT. Trotz im Moment kaum steigenden Preisen sind Lohn-erhöhungen also zentral, um den Nachholbedarf der letzten Jahre endlich auszugleichen. Die in den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) verhandelten Löhne entwickelten sich besser als die durchschnittlichen Löhne in der Gesamtwirtschaft. Die realen GAV-Löhne befinden sich schon fast wieder auf dem Niveau von vor der Coronapandemie. Der Reallohnverlust der letzten Jahre konnte in kollektiven

Erwiesen besser: Wo es einen GAV gibt, steigen die Löhne deutlich stärker an



Lohnverhandlungen also beinahe wieder aufgeholt werden. Dies zeigt, wie bedeutend Gewerkschaften, Gesamtarbeitsverträge und

kollektive Lohnverhandlungen für die Arbeitnehmenden sind.

Noémie Zurlinden ist Ökonomin bei der Unia.

80 Jahre Kriegsende: Historiker Jakob Tanner ordnet ein «Die Schweiz verharrte in einem mentalen Reduit»



JUBEL ZUM KRIEGSENDE: Aufnahme vom 8. Mai 1945 in Lausanne. FOTO: KEYSTONE

Im Mai vor 80 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. Historiker Jakob Tanner über Erinnerungspolitik und Schweizer Beihilfe bei den Nazi-Greueln.

JAKOB TANNER*

Am 8. Mai 1945 zwangen die alliierten Streitkräfte mit den grössten Militäroperationen aller Zeiten das nationalsozialistische Regime in die bedingungslose Kapitulation. Der Schrecken der Nazi-Terrorherrschaft fand sein Ende.

Es gilt, sich die Ursachen und die Dimension der Katastrophe des Holocausts und der Shoah vor Augen zu halten. Schon kurz nachdem die Nationalsozialisten Ende Januar 1933 in Deutschland an die Macht gekommen waren, sperrten sie ihre politischen Gegner in Konzentrationslager ein. Der Antisemitismus war die entscheidende ideologische Triebkraft von Hitlers Regime. Nach der Entfesselung des Krieges am 1. September 1939 besetzte die deutsche Wehrmacht ab 1943 insgesamt 26 Länder mit weit über 230 Millionen Menschen.

Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, Kommunistinnen und Sozialdemokraten, Homosexuelle und sogenannte «Geisteskranke»: Menschen, die aus dem «arischen Volk» ausgegrenzt wurden, waren ihres Lebens nicht mehr sicher. Die Opfer der Kriegführung und der Massenverbrechen übertrafen an Zahl und Grad der Gewaltausübung das bisher Dagewesene. Durch direkte Kriegseinwirkungen kamen 60 bis 65 Millionen

Menschen zu Tode. Zentrales Ziel des Nationalsozialismus war die Vernichtung des europäischen Judentums, zunächst durch Massenerschiessungen an der Front und im Hinterland und schliesslich durch systematische Vergasung von Menschen in Vernichtungslagern mit insgesamt 6 Millionen Opfern. Auch über drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene und eine ähnlich hohe Anzahl nichtjüdischer Zivilisten, KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiterinnen, Deportierte, fanden brutal den Tod. Das sind die Sachverhalte, an die es am 8./9. Mai zu erinnern gilt. Doch die Erinnerung an das Kriegsende ist keineswegs einheitlich, sondern sie war und ist umstritten.

PROPAGANDA À LA TRUMP UND PUTIN

Während der Nachkriegszeit standen die Jahresfeiern zum Ende des Zweiten Weltkrieges blockübergreifend im Zeichen eines «Nie wieder!». Dieses Jahr erleben wir gerade eine neue Intensität in der geopolitischen Instrumentalisierung des Erinnerungsrituals. Putin polt dessen Bedeutung um. Russland veranstaltet zum 80. Jahrestag eine monströse Militärparade, welche die Kulisse für eine Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen die Ukraine zu liefern hat. Die Opfer-Täter-Verkehrung ist evident: Das überfallene Land wird in der russischen Propaganda als «faschistisches Regime» dargestellt, das mit einer «militärischen Spezialoperation befreit» werden soll. Das «Nie wieder!»-Motiv wird in eine «Wir können das jederzeit wieder tun»-Parole umfunktionierte, die sich auch gegen andere Angriffsziele richten kann.

In den USA hat derweil Donald Trump den 8. Mai in «Victory Day for World War II» umbenannt. Niemand, so Trump zur Begründung, habe damals «mehr Stärke, Heldenmut und militärische Brillanz» gezeigt als «wir». Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg verkommt in diesem «Make America Great Again»-Setting zu einer obszönen Inszenierung militärischen Ruhms. Natürlich war es wichtig, dass die alliierten Armeen Europa vor 80 Jahren vom Nazi-Regime befreit haben. Am Vorrücken der briti-

schen, US-amerikanischen, russischen und ukrainischen Truppen – um hier nur die wichtigsten zu nennen – hing auch das Schicksal der Schweiz als demokratischer Staat. Es ist allerdings entscheidend wichtig, dass die europäischen Länder ihre Erinnerung nicht auf den militärischen Erfolg beschränken. Vielmehr gilt es zu bedenken, wie es möglich war, dass nach dem Ersten Weltkrieg faschistische Regime entstanden und in Deutschland der Nationalsozialismus überhaupt an die Macht kommen konnte.

Kritische Fragen stellten eine Störung der Harmonie dar.

Einer solchen Erinnerungsarbeit ist das Projekt «Stolpersteine» verpflichtet. Es entstand nach dem Ende des Kalten Krieges in den 1990er Jahren in Deutschland aus einer Kunstaktion des Konzeptkünstlers Gunter Demnig heraus. Demnig erinnerte 1990 in Köln mit einem «Schriftspurengerät» an die 1940 durchgeführte Deportation von 1000 Roma und Sinti und entwickelte daraus die Idee der kubischen, karg beschrifteten Stolpersteine, von denen es mittlerweile in fast drei Dutzend Ländern mehr als 100 000 gibt. Es handelt sich damit um das weltgrösste dezentrale Mahnmahl, das transnational an die Schrecken der Nazi-Zeit erinnert.

So ging der materielle Fortschritt in den Wirtschaftswunderjahrzehnten des Kalten Krieges einher mit der Ausblendung und Aufschöpfung der Geschichte. Der antikomunistische Konsens jener Phase sah in kritischen Rückfragen durch Intellektuelle, Kunstschaaffende und Historikerinnen und Historiker eine Störung der Nationalharmonie, wenn nicht gar eine perfide Destabilisierungsaktion des Feindes im Osten. So verharrte das kleine, neutrale Land im Herzen Europas in einem mentalen Reduit. Mit und im Gefolge der 68er Bewegung gelang es aber dennoch, den Blick gleichsam ins Flachland zu weiten und neue Fragen zu stellen, mit deren Beantwortung wir heute noch immer beschäftigt sind. Die Bergier-Kommission, deren Mitglied ich zwischen 1996 und 2001 war, arbeitete viele verdrängte Aspekte der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg auf und machte insbesondere auch die schweizerische Flüchtlingspolitik erneut zum Thema.

SCHWEIZER ERINNERUNGSBLOCKADE

Die Schweiz blieb während der ersten zwei Jahrzehnte gewissermassen verschont von diesem Projekt. Sie war eine stolpersteinfreie Insel, in akkurater Entsprechung mit einer nationalen Selbsteinbildung, in der sie sich als kriegsverschontes Bollwerk des Widerstandes und deshalb als unschuldige Insel der Seligen imaginierte. Nichts davon ist wahr, und ein Rückblick auf die Schweiz der Nachkriegszeit zeigt unschwer, wie sehr sich hierzulande eine regelrechte Erinnerungsblockade aufbaute, um nicht an Vorgänge und Tatsachen erinnert zu werden, die diese selbstgerechte Zurechtlegung der Vergangenheit gestört und widerlegt hätten.

STOLPERSTEINE IN BIEL

AN DIE NAZIS AUSGELIEFERT

Am 8. Mai wurden in Biel fünf Stolpersteine gesetzt. Sie erinnern an Simon Sonabend, Laja



Sonabend, Charles Sonabend und Sabine Sonabend. Die jüdische Familie ist 1942 in die Schweiz geflüchtet und wähnte sich in Biel in Sicherheit.

ERMORDET. Doch nur drei Tage nach ihrer Ankunft in der Stadt am Jurasüdfuss, am 17. August 1942, wurde die Familie von den Behörden nach Frankreich ausgeschafft und von den deutschen Besatzern verhaftet. Die Eltern wurden im Konzentrationslager Auschwitz ermordet, die Kinder überlebten.

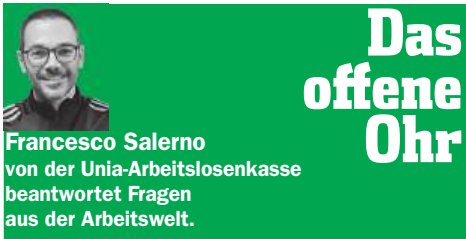
Der Verein Stolpersteine Schweiz hat erste Stolpersteine in Zürich, Basel, Bern, Winterthur und St. Gallen gesetzt.

So ging der materielle Fortschritt in den Wirtschaftswunderjahrzehnten des Kalten Krieges einher mit der Ausblendung und Aufschöpfung der Geschichte. Der antikomunistische Konsens jener Phase sah in kritischen Rückfragen durch Intellektuelle, Kunstschaaffende und Historikerinnen und Historiker eine Störung der Nationalharmonie, wenn nicht gar eine perfide Destabilisierungsaktion des Feindes im Osten. So verharrte das kleine, neutrale Land im Herzen Europas in einem mentalen Reduit. Mit und im Gefolge der 68er Bewegung gelang es aber dennoch, den Blick gleichsam ins Flachland zu weiten und neue Fragen zu stellen, mit deren Beantwortung wir heute noch immer beschäftigt sind. Die Bergier-Kommission, deren Mitglied ich zwischen 1996 und 2001 war, arbeitete viele verdrängte Aspekte der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg auf und machte insbesondere auch die schweizerische Flüchtlingspolitik erneut zum Thema.

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Die Schweiz hat, wie die Bergier-Kommission in ihrem Schlussbericht festgehalten hat, mit ihrer Flüchtlingspolitik «dazu beigetragen, dass die Nationalsozialisten ihre Ziele erreichen konnten». Inzwischen ist die Schweiz bereit, dafür eine erinnerungspolitische Verantwortung zu übernehmen. Das geplante nationale Memorial für die Opfer des Holocausts steht vor seiner Realisierung. Die Stolpersteine fügen sich in diese Anstrengung ein, einen anderen, einen neuen Umgang mit der Vergangenheit zu finden. Sie machen deutlich, dass die Geschichte nicht mit einem Schlussstrich abgeschlossen werden kann. Es ist eine Täuschung, wenn wir denken, die Vergangenheit liege hinter uns. Die Fragen, die sie aufwirft, liegen auf unheimliche Weise vor uns. Sie stellen eine Herausforderung der Zukunft dar, der wir uns stellen müssen.

* Jakob Tanner war Professor der Geschichte an der Uni Zürich. Dieser Text ist eine gekürzte Version der Rede, die er am 8. Mai in Biel hielt, wo fünf neue Stolpersteine gesetzt wurden.



Das offene Ohr
Francesco Salerno von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Verdacht auf Schwarzarbeit: Was passiert nun?

Nach dem Verlust meiner Arbeitsstelle im Februar 2023 habe ich mich bei der Arbeitslosenkasse angemeldet. Vom 1. März 2023 bis zum 31. Januar 2024 habe ich durchgehend Arbeitslosenentschädigung bezogen. Letzte Woche erhielt ich nun ein Schreiben der Arbeitslosenkasse. Diese schrieb, dass sie auf Grund einer Mitteilung des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) mein Dossier im Rahmen des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA) prüfe. Es bestünde der Verdacht, dass ich im Jahr 2023 einen Verdienst nicht angegeben hätte und es zu einer Rückforderung der Arbeitslosenentschädigung kommen könne. Mit welchen Konsequenzen muss ich rechnen?

FRANCESCO SALERNO: Es kommt darauf an, ob Sie effektiv einen Verdienst erzielt und diesen der Arbeitslosenkasse nicht angegeben haben. Das Seco hat die Arbeitslosenkassen aufgefordert, Dossiers zu kontrollieren, wenn bei den



ARBEITSLOS GEMELDET UND TROTZDEM GELD VERDIEN'T: Es kann zu hohen Strafen führen, wenn Sie nicht jeden Verdienst angeben. FOTO: KEYSTONE

Ausgleichskassen ein Einkommen deklarieren und gleichzeitig Arbeitslosenentschädigung bezogen wurde. Hierbei handelt es sich nicht um «Schwarzarbeit» im eigentlichen Sinne. Mit dem Formular «Angaben der versicherten Person», das Sie jeweils Ende Monat erhalten und wahrheitsgemäss ausgefüllt der Arbeitslosenkasse einreichen mussten, wurden Sie als erstes gefragt, ob Sie bei einem oder mehreren Arbeitgebern gearbeitet haben. Falls Sie im Jahr 2023 nun effektiv einen Verdienst erzielt und diesen nicht angegeben haben, wird die Arbeitslosenkasse die zu viel ausbezahlte Arbeitslosenentschädigung bei Ihnen zurückfordern müssen. Je nach Höhe des Betrages, den Sie erzielt und nicht angegeben haben, riskieren Sie zudem eine Strafanzeige durch die Arbeitslosenkasse. Sollten Sie nicht Schweizer Bürger sein, besteht zusätzlich die Gefahr, dass Sie bei einer Strafverurteilung für eine gewisse Zeit des Landes verwiesen werden. Es lohnt sich also nicht, während des Bezugs von Arbeitslosenentschädigung einen Verdienst nicht anzugeben.

Kleiner Nebenjob: Muss ich das der Kasse melden?

Ich habe mich zu 50 Prozent bei der Arbeitslosenkasse angemeldet. Seit einem Monat liefere ich zweimal in der Woche Zeitungen aus, was ungefähr ein Pensum von 20 Prozent ausmacht. Muss ich diese Tätigkeit der Arbeitslosenkasse angeben?

FRANCESCO SALERNO: Ja, es ist wichtig, dass Sie während des Bezugs von Arbeitslosenentschädigung jeden Verdienst angeben, auch wenn Sie sich nur zu 50 Prozent angemeldet haben. Es ist dann Aufgabe der Arbeitslosenkasse zu prüfen, wie und ob sie diesen Verdienst berücksichtigt.

Jetzt beginnt die heisse Phase: Die Betriebe schreiben ihre Lehrstellen für das nächste Jahr aus

10 goldene Regeln für die Lehrstellensuche

Für Achtklässlerinnen und Achtklässler beginnt jetzt die heisse Phase: Betriebe schreiben ihre Lehrstellen aus. Momentan sind beim Lehrstellenportal der Berufsberatung über 19 000 Lehrstellen aufgeschaltet – und es werden täglich mehr. work gibt dir 10 Tipps für den Bewerbungsprozess.

MARIA KÜNZLI

1. Schnuppere dich satt

Die Wahl des richtigen Berufs passiert selten zu Hause. Sie passiert beim Schnuppern. Nur so lernst du einen Beruf wirklich kennen, den Betrieb, in dem du vielleicht die nächsten Jahre den grössten Teil deiner Zeit verbringen wirst. Deshalb nutze die Chance, in so viele Betriebe wie möglich reinzuschnuppern – auch wenn du vielleicht sicher bist, den Traumjob bereits gefunden zu haben. Mit Schnuppiererfahrung signalisierst du bei einer Bewerbung, dass du dich intensiv mit deiner Berufswahl auseinandergesetzt hast und nun genau weisst, was du willst.

2. Schmiede einen Plan B und C

Bewerbungsexpertinnen und -experten empfehlen, zwei bis drei Berufe in der engeren Auswahl zu haben, wenn es ans Bewerben geht. Du möchtest unbedingt Tierpflegerin werden? Vielleicht kommt tiermedizinische Praxisassistentin auch in Frage? Dann ist die Auswahl an Ausbildungsmöglichkeiten schon um einiges grösser. Oder dir ist es wichtig, draussen zu arbeiten? Dann wähle in diesem Bereich zwei bis drei Berufe aus. Um herauszufinden, welche Berufe in Frage kommen, können neben dem Schnuppern auch Onlinetests helfen. Zum Beispiel der Berufsexplorer der Berufsberatung (rebrand.ly/berufsexplorer) oder der Berufsfinder von Yousty (rebrand.ly/yousty-onlinetest).

3. Mach dich jetzt bereit

Du ersparst dir viel Stress, wenn du deine Bewerbungsunterlagen jetzt fertig machst und dann, sobald eine passende Lehrstelle ausgeschrieben ist, dich nur noch um das Motivationsschreiben kümmerst. Denn für dieses solltest du dir genug Zeit nehmen: Es

ist das Herzstück deiner Bewerbung. Darin erklärst du, warum gerade du dich für die Lehrstelle eignest. Schreib, warum dich der Beruf interessiert, und erwähne auch deine Schnuppiererfahrung. Lass ein paar Informationen über das Unternehmen einfließen, um zu zeigen, dass du dich gut informiert hast und nicht jeder Bewerbung dasselbe Schreiben beilegst. Wichtig ist, dass deine Bewerbungsunterlagen vollständig sind und sowohl optisch wie auch inhaltlich überzeugen. Die Bewerbung sollte möglichst keine Flüchtigkeits- oder Rechtschreibfehler enthalten. Was alles in die Bewerbung reingehört, erfährst du hier: rebrand.ly/bewerbungsdossier.

Das Herzstück deiner Bewerbung ist das Motivationsschreiben.

4. Richte Suchabos ein

Mehrmals am Tag sämtliche Jobbörsen abklappern und ständig Angst haben, zu spät zu sein? Das geht einfacher: Richte dir Suchabos ein! Dann wirst du bequem per Mail benachrichtigt, sobald eine neue Lehrstelle ausgeschrieben ist, die deinen Suchkriterien entspricht. Bei der Lehrstellenbörse der Berufsberatung zum Beispiel gibt du im Suchfeld den gewünschten Beruf sowie den bevorzugten Arbeitsort oder Kanton an, und unterhalb der Suchergebnisse kannst du dir anschliessend ein Mailabo für den Wunschberuf einrichten (rebrand.ly/lehrstellenboerse).

5. Kontaktiere Betriebe direkt

Es gibt auch Firmen, die ihre Lehrstelle nicht auf den gängigen Jobbörsen ausschreiben, sondern nur auf ihrer Website. Mach dir deshalb eine Liste mit Betrieben in deiner



WORKTIPP

MACH EIN VIDEO!

Das A und O einer Bewerbung ist, sich von den anderen Mitbewerbern abzuheben. Das kannst du zum Beispiel mit einem Bewerbungsvideo. Das ist aufwendig, kann sich aber lohnen. Im Idealfall drehst du ein Video, das auf den betreffenden Betrieb zugeschnitten ist. Im Blog von Yousty findest du ein Video mit hilfreichen Tipps, wie du ein Bewerbungsvideo am besten aufnehmen kannst und welche Fehler du vermeiden solltest: rebrand.ly/bewerbungsvideo.

Nähe, die deinem Wunschprofil entsprechen, und besuche regelmässig ihre Websites. Du kannst dich auch telefonisch nach offenen Lehrstellen erkundigen, damit zeigt dir echtes Interesse am Betrieb!

6. Such nicht zu eng

Der Betrieb ist dir zu gross? Der Arbeitsplatz wäre nicht gleich im Nachbardorf? Bewirb dich trotzdem! Vielleicht ist das Team so sympathisch und das Thema so spannend, dass du bei einigen

WELCHER BERUF PASST ZU MIR? Das findest

du vor allem beim Schnuppern heraus. FOTO: IMAGO

Punkten Abstriche machen kannst. Und keine Bewerbung ist umsonst: Du gewinnst Routine beim Motivationsschreiben, und wenn es zu einem Vorstellungsgespräch kommt, kannst du auch da wertvolle Erfahrung sammeln.

7. Telefoniere

Es braucht Überwindung, und auch vielen Erwachsenen fällt es nicht leicht: das geschäftliche Telefonat. Aber es lohnt sich, weil du damit echtes Interesse am Betrieb zeigst und dich von anderen Bewerbern abhebst. Du kannst zum Beispiel anrufen und fragen, ob die ausgeschriebene Stelle noch frei sei, an welche Person du deine Bewerbung adressieren kannst, oder vielleicht kommt dir eine spezifische Frage zum Betrieb in den Sinn.

8. Behalte den Überblick

Wahrscheinlich wirst du mehrere Bewerbungen gleichzeitig offen haben. Damit du den Überblick nicht verlierst, ist es sinnvoll, eine Liste zu machen: Wann hast du die Bewerbung abgeschickt, wo steht ein Bewerbungsgespräch an, mit wem hast du bereits telefoniert, welche Fragen hast du gestellt und so weiter. Falls du nach zwei bis drei Wochen noch keine Reaktion auf deine Bewerbung erhalten hast, kannst du nach dem Stand des Bewerbungsprozesses fragen.

9. Nutze die Möglichkeiten

Du bist nicht allein – nutze die Unterstützungsmöglichkeiten, die es gibt. Du kannst dich zum Beispiel im Berufsinformationszentrum (BIZ) kostenlos beraten lassen:

rebrand.ly/berufsberatung-angebote.

Die meisten Klassenlehrpersonen helfen ebenfalls gerne weiter. Nutze auch die Skills in deinem privaten Umfeld. Hast du eine Tante, die gut schreiben kann? Frag sie, ob sie deine Bewerbungsunterlagen durchlesen könnte! Du hast einen netten Nachbarn, der im HR eines Unternehmens arbeitet? Bitte ihn um Tipps für das Bewerbungsgespräch!

10. Verlier nicht den Mut

Das Wichtigste zuletzt: Verliere nicht den Mut, wenn es nicht gleich auf Anhieb mit der Lehrstelle klappt. Wenn du eine Absage bekommst, darfst du auch um eine konkrete Begründung bitten. Dann kannst du es beim nächsten Mal besser machen.

WEBSITES

ZUR BERUFSAUSWAHL

INFOS ONLINE

www.berufsberatung.ch ist die offizielle Plattform der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung mit Lehrstellenbörse und Adressen für potentielle Schnuppelerbetriebe. Hier findest du auch viele Bewerbungstipps.

www.yousty.ch bietet neben einer Lehrstellen- und Schnuppelerbörse viele Informationen zur Berufswahl.

www.gateway.one bietet Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten, Lehr- und Schnupperstellen. Einschliesslich Berufswahlanalyse, Persönlichkeitstest und Online-Lehrstellenbörse.

www.berufsbildungplus.ch ist die Berufsbildungs-Website des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation und informiert über verschiedene Berufswege und Ausbildungsmöglichkeiten.

www.lehrberufe-live.ch ist eine interaktive Plattform, auf der Lernende regelmässig mit Live-Videos ihre Berufe vorstellen. Dank Chat-Funktion können Jugendliche mit dem Lehrbetriebl in Kontakt treten.

www.baam.ch bietet viele Infos zu Unternehmen und informiert über Events, an denen man potentielle Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen kennenlernen kann. (mk)

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



SEINE DATEN VERSCHLÜSSELN: Es gibt Alternativen zu Google und Apple. FOTO: ADOBE STOCK

Apple und Google spionieren Handys alle paar Minuten aus

Fast alle Smartphones laufen mit den Betriebssystemen Android von Google oder iOS von Apple. Dabei sammeln die Handys ständig Informationen über ihre Benutzerinnen und Benutzer und senden sie an die beiden US-Konzerne. Eine aktuelle Untersuchung des Trinity College Dublin, Irland, zeigt, wie übergriffig Google ist: Kaum schalten Sie Ihr Android-Handy ein, bekommt es einen Identifikationscode, mit dem es sich immer wieder erkennen lässt. Der Identifikationscode sowie Cookies werden laut Forschenden von Google-Play-Diensten gespeichert. Das ist eine auf den Handys installierte System-App. Wir prüften auf einem Handy, was Google-Play-Dienste im Hintergrund machen. Resultat: Die App registrierte alle paar Minuten den Standort des Benutzers. Und sie griff auf Fotos, Videos, Kontakte und die Anrufliste zu. Studienleiter Douglas Leith vom Trinity College erklärt auf Anfrage: «Man kann die App zwar deaktivieren, aber das führt zu Einschränkungen.» Apple-Handys registrieren ebenfalls ständig den Standort. Und die Geräte schicken nicht nur den mit GPS-Daten verbundenen Identifikationscode des eigenen Geräts an den Apple-Konzern, sondern auch von anderen iPhones in der Nähe.

ALTERNATIVEN. IT-Forscher Leith empfiehlt: Wer Wert auf hohe Privatsphäre legt, solle ein Open-Source-Betriebssystem benutzen, das nicht von Apple oder Google entwickelt wurde. Zum Beispiel /eOS. Es basiert auf Android und ist darum mit den meisten Apps kompatibel, wurde aber von Google-Funktionen gereinigt. Am einfachsten ist es, wenn Sie ein Fairphone mit vorinstalliertem /eOS kaufen. THOMAS SCHWENEDER

Eine Untersuchung zeigt, wie übergriffig Google ist.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Belästigung: Hier wird dir geholfen

Ich werde an meinem Arbeitsplatz belästigt oder diskriminiert, aber ich habe Angst, darüber zu sprechen. Wer kann mir helfen?

«Belästigungen, sei es psychisch, sexuell oder diskriminierend, ist in der Schweiz gesetzlich verboten. Dennoch erleben viele Lernende solche Situationen. Wenn du betroffen bist, bist du nicht allein – es gibt Lösungen. Notiere zuerst jeden Vorfall: Wer, was, wann, wo und sammle Beweise (Nachrichten, Zeugenaussagen). Wende dich dann an eine Vertrauensperson: deine Ausbildungsleitung, die Personalabteilung oder eine Gewerk-

schaft wie die Unia. Auch das kantonale Berufsbildungsamt oder die Arbeitsinspektion können helfen. In schweren Fällen kannst du eine Anzeige erstatten. Wenn dir niemand zuhört oder man dir nicht glaubt, gib nicht auf. Such weiter nach Unterstützung, sprich mit einer anderen Person oder kontaktiere eine weitere Stelle. Du hast das Recht auf Respekt und Schutz!»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch.



Félicia Fasel, Jugendsekretärin.



ALTERSAMRUT: Zu einem grossen Teil sind Frauen davon betroffen. FOTO: ISTOCK

So finden Sie heraus, ob Ihnen Wenn die Rente

Rentnerinnen und Rentner, die nicht über genügend Einkommen verfügen, haben Anspruch auf Ergänzungsleistungen. Das müssen Sie wissen.

MARIA KÜNZLI

Das Wichtigste zuerst: Auf Ergänzungsleistungen (EL) besteht ein Rechtsanspruch. Es ist Ihr Recht und ganz sicher nichts, wofür Sie sich schämen müssten. Sie haben ein Leben lang gearbeitet, Steuern und AHV bezahlt, und wenn das Geld am Ende nicht reicht, haben Sie Anrecht darauf, dass Ihnen geholfen wird. Die Ergänzungsleistungen kommen dann zum Tragen, wenn das Renteneinkommen die minimalen Lebenskosten nicht deckt. Das kommt vor allem bei Personen vor, die nicht

erwerbstätig waren, zum Beispiel, weil sie unentgeltlich Care-Arbeit geleistet haben, oder es handelt sich um Personen, die zu wenig verdient haben, um in die zweite, geschweige denn dritte Säule einzuzahlen – zu einem Grossteil sind es Frauen, die von Altersarmut betroffen sind.

WER HAT ANSPRUCH? Ob Sie Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben, können Sie online und anonym herausfinden (rebrand.ly/el-berechnen). Sie müssen dabei Fragen zu Ihrem Zivilstand und Ihrer Wohnsituation, zu Einnahmen, Ausgaben und zu Ihrem Vermögen beantworten. Das Ergebnis wird Ihnen sofort danach angezeigt. Wichtig: Die Einschätzung ist provisorisch und nicht verbindlich. Der Online-rechner ist nur

Ergänzungsleistungen zustehen nicht zum Leben reicht

auf Personen ausgelegt, die zu Hause wohnen. Wenn Sie in einem Heim leben, wenden Sie sich am besten an die Heimleitung. Sie kann Ihnen in Sachen Ergänzungsleistungen weiterhelfen und die nötigen Informationen liefern.

Ob Sie tatsächlich Ergänzungsleistungen bekommen, entscheidet die zuständige EL-Stelle Ihres Wohnkantons, meistens sind das die kantonalen Ausgleichskassen und ihre Zweigstellen in den Gemeinden. Grundsätzlich gilt: Sind die Ausgaben höher als die Einnahmen oder überschreiten die Einnahmen die Ausgaben nur knapp, so könnte ein Anspruch auf Ergänzungsleistungen bestehen. Eine Bedingung ist, dass Ihr Vermögen nicht höher ist als 100 000 Franken

(alleinstehende Person) beziehungsweise 200 000 Franken (Ehepaar) oder 50 000 Franken (Kinder, die Anspruch auf eine Waisenrente oder eine Kinderrente der AHV oder der IV haben). Für Ausländerinnen und Ausländer gibt es Karenzfristen, die zu beachten sind.

ANTRAG STELLEN.

Der Online-rechner hat ergeben, dass Sie voraussichtlich Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben. Was ist jetzt zu tun? Ergänzungsleistungen werden nicht automatisch ausgezahlt. Sie müssen einen Antrag stellen. Die Kontaktadresse der für Sie

zuständigen EL-Stelle finden Sie unter rebrand.ly/kontaktstellen. Sie können das Formular entweder persönlich vor Ort ausfüllen oder es auf der Website Ihrer zuständigen EL-Stelle herunterladen oder direkt online ausfüllen.

Der EL-Betrag wird individuell berechnet. Dabei werden der allgemeine Lebensbedarf, der Mietzins und die Krankenkassenprämien berücksichtigt. Als Einnahmen zählen die Renten der AHV und der Pensionskasse sowie das Vermögen. Falls Ihnen Ergänzungsleistungen zugesprochen werden, tritt Ihr Anspruch rückwirkend auf den Zeitpunkt Ihrer Anmeldung ein. Warten Sie also nicht zu lange mit dem Antrag! Das Merkblatt dazu finden Sie hier: rebrand.ly/merkblatt-el.

FORMULAR-DSCHUNGEL HILFE NAHT

Der Antrag auf Ergänzungsleistungen ist komplex. Hilfe beim Ausfüllen des Antrags bekommen Sie direkt bei der zuständigen EL-Stelle Ihres Wohnkantons. Sie können sich zum Beispiel auch an die Pro-Senectute-Stelle in Ihrer Region wenden, auch hier hilft man Ihnen gerne weiter (Kontaktadressen Pro-Senectute: rebrand.ly/pro-senectute). Einen ersten Überblick geben auch die Erklärvideos der Informationsstelle AHV/IV (für Personen, die zu Hause leben: www.ahv-iv.ch/t/elzuhaue; für Personen im Heim: www.ahv-iv.ch/t/elimheim).

workrätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina in Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 6
Das Lösungswort lautete: SOLIDARITÄT

Auslösung

N	E		G	W		A	F		
G	I	T	A	R	R	S	I	S	S
C	L	A	N	R	E	C	H	T	I
A	N	H	A	L	T	E	N	H	A
R	I	E	G	E	U	W	E	E	K
Z	E		G	E	W	I	N	N	E
Z	I	N	D	E	L	L	K	K	A
H	A	L	T	B	G	L	A	E	S
I	S	E	R	I	E	L	L	H	B
S	A	L	O	N	G	T	U	R	B
V	C	S	N	G	E	R	E	N	N
H	F	E	D	E	R	E	R	W	B
N	I	E	T	N	I	R	O	M	A
E	S	T	R	E	I	C	H	E	R
R	E	I	T	E	R	O	H	E	T

DEN PREIS, 200 Franken Reka-Card-Guthaben, hat gewonnen: Herbert Eggs, Riehen BS
Herzlichen Glückwunsch!

gute Auto-pneus	↘	kurz für: hinauf	Gerät z. Waren-ent-nahme	↘	↘	Holz-raum-mass	das Unsterb-liche	↘	Luzerner Fuss-balclub	↘	dicker Wollstoff	Atom-abart	russ. Herr-scher-titel	alter Mensch (Jugend-sprache)	↘	↘	warme Pastete (engl.)	von geringer Länge
Mittel-losigkeit	→					Unia, die grösste Gewerkschaft der ...	→			1				Hinder-nis beim Spring-reiten	→			
ital. Tonbez. für das F	→		eh. Berliner Flug-hafen	→			4		österr. Bundes-land		weibl. Nutz-tiere	→					grosse Not	
entzündl. Schwel-lung	→					Wagen-ladung		hohe Männer-sing-stimme	→					gebrat. Fleisch-stück		männl. Fürwort	→	
Initialen e. CH-Tennis-spielers	→		Brauch		Flüssig-keit	→					Zu-kunfts-form des Verbs		grosses Selbst-wert-gefühl	→		7		
äusser-ste Grenze		infor-meller Gruss	↘	6				Wasser-stands-messer		Uniti siamo ...!	→					negat. elektr. Teilchen		sich be-finden, exis-tieren
↘					Spuren-element	↘	Auf-spring-fenster	→					nach oben		kurz für: an das	→		
Roman-titelfigur bei Goethe †		relig. Bräuche		Schiffs-lein-wand	→					aufbe-gehren		... weg vom freien Sonntag!	→				9	
↘							etikettie-ren, be-nennen	↘	akust. Kunst	→					Hoch-schul-reife		illegal handeln, schmut-geln	↘
zu keiner Zeit	→		2		Wein-stöcke		Zupfin-strument	→			5	Stuhl-oder Tisch-teile	→	wilde Acker-pflanze	→			
Metalle ver-binden	griech. Anis-schnaps		Waren-gestell	→				8	liturg. Gewand v. Geist-lichen		trop. Stauden-frucht	→						Körper-flüssig-keit
↘						schweiz. Presse-agentur	↘	Sauer-stoff auf-nehmen	→					Halbton unter D		Abk.: Hämoglo-bin	→	
↘			frz. Artikel		Stricke, Tawe	→				dt. Vorsilbe		Zwei-kampf	→	10				
jetzt, in diesem Moment		eh. Tennis-spieler (Ivan)	→				3	Ikone des ersten Frauen-streiks †	→							Nach-folgerin der EG	→	
Vor-zeichen	→				Radio-zubehör	→							heilig in frz. Städte-namen	→				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Lösungswort einsenden an: work,
Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:
verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 5. Juni 2025

INSERTAT

UNIA

Hände weg vom freien Sonntag

Das Parlament will 12 statt der heute er-laubten 4 bewilligungsfreien Sonntagsver-käufe einführen. Das bedeutet noch mehr Stress für das Personal in Verkauf, Logistik und Sicherheit sowie mehr Druck, weniger Freizeit und weniger Gesundheitsschutz.

Sag Nein zu noch mehr Sonntagsverkauf und unterschreibe die Petition!

Petition

unterschreiben!



UNIA-CHÄPPI WETTBEWERB

20

Jahre stark
ans de force
anni di forza



Setzen Sie das Chäppi in Szene und gewinnen Sie 100 Franken!

Wir setzen auf Ihre Kreativität und belohnen das auch noch mit einem Preis von 100 Franken. Was ist gefordert? Setzen Sie das Unia-Chäppi fotografisch möglichst kreativ in Szene. Das Siegerbild wird in der work-Sonderausgabe vom Juli zum 20-Jahr-Jubiläum der Unia abgedruckt und mit 100 Franken honoriert. Schicken Sie uns Ihre Bilder bis am 23. Juni an produktion@workzeitung.ch.

WORKPOST

18 work 1. Mai 2025

rosazukunft

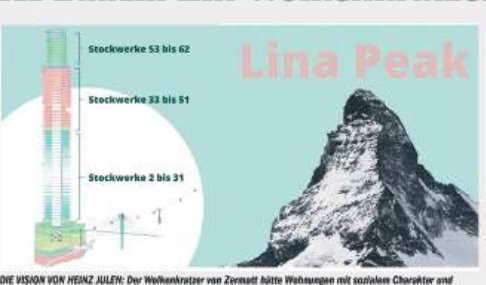
Technik, Umwelt, Politik

Verdichtetes Bauen: Ein Wolkenkratzer für Zermatt

Zermatt ist nicht nur ein Paradies für Reiche und Schwere, sondern auch ein Arbeitsplatz für Tausende von Lohnabhängigen. Ihr Hauptproblem ist der fehlende Wohnraum. Jetzt liefert der Hotelier und Künstler Heinz Juleti die Idee für einen 260 Meter hohen Wolkenkratzer. Ein Splinter?

Viele Mitglieder der Unia arbeiten in Zermatt VS. Nicht wenige von ihnen wohnen in Täsch. Die Zermatter Bürgerinnen und Bürger haben vor einigen Jahren eine Fusion von Zermatt mit den Vorortsgemeinden Täsch und Randa abgelehnt. Sie wollten nicht, dass in Täsch eingebürgerte Menschen aus Portugal Zermatterinnen und Zermatter werden können.

HOCH NIMM'S! In den letzten



Lina Peak

7,5 Millionen Franken. Die Emissionzentrale würde 40 Prozent der vorziträgigen Erwerbskosten finanzieren: wegen der fallenden Zinsen (aktuell bald schon zu Nullfinanzen). Und Staatsbanken – wie etwa die Wältler oder die Zürcher Kantonalbank – würden die risikofreien restlichen 25 Prozent sicher finanzieren. Das wäre eine super Chance für Zermatt!

LINKE MÜSSTEN ANBRISSEN. Doch leider haben die Lärken bei den letzten Überwältiger Wahlen an Boden verloren. Weil sie viel zu brav sind. Und die Kandidaten der Unia konnten sich auch nicht durchsetzen. Deshalb müssten Grüne, SP und lokale Gewerkschaften den von Juleti in den politischen Raum gestellten Ball nun sofort aufnehmen. Und mit einer Gemeinde-Initiative gegen diese Vorhaben.

WORK 6 / 1.5.2025: EIN WOLKENKRATZER FÜR ZERMATT?

Aprilscherz?!

Seit wann übernimmt work sogenannte Publireportagen, ohne diese also solche zu kennzeichnen, ohne eine Autorschaft zu nennen und vermutlich gratis? Eine völlig unkritische Werbung für eine irrwitzige Hochhausbauidée in Zermatt, mitten in einer Landwirtschaftszone wo eh nicht gebaut werden darf! Der Bau soll, im unteren Teil, bitte schön zulasten der Gemeinde beziehungsweise einer Genossenschaft finanziert werden. So könnten dann Tourismusmitarbeiter und ihre Familien in 31(!) Stockwerken übereinandergestapelt werden – die zusätzlichen darüberliegenden 31 Stockwerke dienten dann zur Gewinnmaximierung der privaten Investoren, inklusive Gratisblick aufs Matterhorn. Dies alles heute, wo man weiss, dass der ökologische Fussabdruck für solche Hochbauten extrem hoch ist, ebenso die Geste-

WORK 6 / 1.5.2025: DIE SVP GREIFT UNSERE LÖHNE FRONTAL AN

Profitgier

Vielleicht muss einfach die Profitgier gestoppt werden und damit das Geld fairer verteilt. Damit wird das alles für Investitionen weniger lukrativ, und es gäbe auch weniger «Scheissjobs».

RENÉ LECHLEITER, ARCHITEKT HTL, ZÜRICH

FRED VA, VIA INSTAGRAM

PARSLEY, VIA INSTAGRAM

WORK 6 / 1.5.2025: «GAME OVER» ODER ALLES VON VORNE?

Es war wegen Geldgier

Ich fand den Film sehr kritisch, und die Credit Suisse wurde nicht geschont, immerhin wird im Film klar gesagt, dass die Credit Suisse vor allem wegen Geldgier konkurs-ging. Im Film wird auch gesagt, dass sich kein Credit-Suisse-Manager vor der Kamera äussern wollte, somit kann man dies dem Regisseur nicht vorwerfen.

LOUIS STUCKI, VIA WORKZEITUNG.CH

WORKZEITUNG.CH / 15.5.2025: DAS SAGEN DIE BAUARBEITER IN BERN ZU IHREN ARBEITSBEDINGUNGEN

Der FAR hat Priorität

8,5- bis 9-Stunden-Tage sind voll in Ordnung. Samstagsarbeit hingegen sollte jedem selber überlassen werden, zu entscheiden, ob er das will. Mir ist es vor allem wichtig, dass der FAR gesichert ist und wir bessere Pensionskassenleistungen bekommen.

PASSAKORN162, VIA TIKTOK

Geld oder Freizeit?

Man sollte über den Lohn reden.

Das stimmt, ja. Aber ich finde, man spürt, dass ihnen Freizeit und Familie wichtiger sind als Geld.

JAN B. 07, VIA TIKTOK

WORKZEITUNG.CH / 19.5.2025: NEUE SCHLAPPE FÜR TURBO-LÄDELER

Aus Solidarität

Das dauernde Gschtürm wegen der Ladenöffnungszeiten geht mir auf den Geist. Die Läden sind lang genug offen, und an Bahnhöfen und Tankstellen kann man fast rund um die Uhr einkaufen. Die Arbeitgeber reden zwar immer von «Ladenöffnungszeiten» und wollen uns – die nicht im Verkauf arbeiten – das Ganze als Bequemlichkeit verkaufen. Aber in Wirklichkeit geht's darum, das Leben aller Buezer unbequemer zu machen. Denn wenn schon die Verkäuferinnen quasi rund um die Uhr arbeiten sollen, warum soll das für die kaufmännische Angestellte, den Gärtner oder den Baubüezer anders sein? Und das natürlich alles ohne Lohn- oder Zeitzuschläge. Darum lehne ich seit Jahren jede Vorlage ab, die noch längere Öffnungszeiten will – aus Solidarität mit dem Verkaufspersonal, aber auch in meinem eigenen Interesse.

BRUNO BIERI, PER MAIL

Flättere

Stur wie Rinder kommen die Bürgerlichen immer wieder mit ihrer Idee, die Ladenöffnungszeiten noch weiter auszudehnen. Jetzt haben sie auch in St. Gallen eine Flättere eingefangen. Richtig so!

PETRA SCHMID, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an [work.Redaktion.Leserbriefe](mailto:work.Redaktion.Leserbriefe@workzeitung.ch), Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16

THC

VULPIN

WOKENESS HAT MEINEN SOHN GETÖTET!

PSILOCYBIN

MEIN SAMEN SOLL DAS WELTALL BEFRUCHTEN!

KETAMIN

GEWERKSCHAFTEN ZERSTÖREN DAS NATÜRLICHE UNGLEICHGEWICHT!

WAS ELON MUSK RAUSLÄSST...

IST SCHLIMMER, ALS DAS, WAS ER REINLÄSST!

oginiral®

Giuseppe Anello (44) sorgt für Strom an der Tunnelbaustelle beim Gotthard

«Mein Beruf ist auch ein Lebensstil»

Seine Arbeit führt ihn immer wieder weit weg von der Familie auf Sizilien. Doch Stillstehen war für Elektriker Giuseppe Anello nie eine Option. Derzeit ist er für die zweite Gotthardröhre im Einsatz.

TEXT UND BILD MATTIA LENTO

Der Zugang zur Tunnelbohrmaschine ist gesperrt. Als work den Elektriker Giuseppe Anello trifft, steht das 2000-Tonnen-Monster seit mehreren Tagen still wegen geologischer Probleme. Vor dem südlichen Tunnelportal zeigt Anello auf seinem Mobiltelefon Bilder aus dem Innern des Berges. Es sind Fotos und Videos von Kabelgewirr, komplexen Schalttafeln und Maschinen, die man auf anderen Baustellen nicht antrifft.

Der Italiener ist auf Tunnelbau spezialisiert. 2004 hat er als Elektriker auf Grossbaustellen angefangen. Heute habe er, wie er sagt, «ziemlich viel Erfahrung, wenn es ums Lösen technischer Probleme geht». Anello kümmert sich für die Bau-firma Marti AG um die elektrische Versorgung der Gotthardbaustelle. Dazu gehört auch der Notstrom für den Fall, dass einmal der Strom ausfällt.

In seiner Heimat Sizilien begann Anello auf der Baustelle eines Autobahntunnels. Als dieser fertig war, fand er keine passende Stelle in der Nähe seines Wohnortes. Für drei Jahre wechselte er aufs Festland und half beim Ausbau der Autobahn von Reggio Calabria nach Norden, bis kurz vor Neapel. «Da war ich weit weg von meinen Liebsten.» Danach kehrte er nach Sizilien zurück und arbeitete einige Jahren als «normaler» Elektriker.

WIE DER VATER. Doch diese Routine sagt er, sei nicht das Richtige gewesen für ihn: «Ich wollte nicht stillstehen und immer am selben Ort arbeiten. Ich wollte es machen wie mein Vater. Der war sein Leben lang als Kranführer auf Baustellen in ganz Italien unterwegs.» Anello fand eine Arbeit auf einer Baustelle für den Hochgeschwindigkeitszug in der Nähe von Genua. Seither ist er unterwegs auf Grossbaustellen. «Diese Arbeit ist auch ein Lebensstil: Ich bin immer in Bewegung wie ein Nomade. Das passt mir.»

Nach seinem Job in Genua zog es Anello in die Schweiz, er arbeitete zuerst auf Baustellen in Wimmis BE und Kandersteg BE. In Italien war er Mitglied des Gewerkschaftsbundes CISL. «Für mich war es klar, dass ich sofort nach meiner Ankunft in der Schweiz der Unia beitrete.»

KÄMPFERISCH. Als Baustellen-Elektriker untersteht Anello dem Landesmantelver-

trag für das Bauhauptgewerbe (LMV). Er sagt: «Eine gute Erneuerung des LMV ist für alle Bauarbeiter entscheidend. Auch für uns im Tunnelbau.» Die Arbeit unter Tage wird durch Anhang 12 des LMV geregelt: Der Mindestlohn für einen gelernten Elektriker im Tunnel liegt bei 5976 Franken. Dazu kommen Zuschläge für Nacht- und Untertagarbeit, die pro Monat 1000 Franken und mehr betragen können. Anello und seine Kollegen fordern jetzt zusammen mit der Unia eine deutliche Verbesserung bei den Löhnen, Zuschlägen und Arbeitsbedingungen. Die grösste Sorge bereitet Anello jedoch nicht der LMV, sondern die Organisation der Arbeitsschichten.

Für die Arbeiten am Gotthardbasistunnel hatte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) nämlich immer Ausnahmen bei den Schichten gewährt, damit die Tunnelarbeiter zwischen den Schichten zu ihren Familien zurückkehren konnten. Seit 2017 gibt es diese Ausnahmen nicht mehr. Anello sagt: «So, wie die Schichten aktuell sind, kann ich nicht regelmässig nach Hause fahren. Zwei oder drei Tage Pause, das ist zu wenig für eine Reise nach Sizilien» (mehr dazu hier: rebrand.ly/schichtpläne).

HEIMWEH. Es kommt auch vor, dass Anello zwei Wochen am Stück in Airolo bleiben muss. Das sei nicht einfach, weil es in Airolo fast keine Freizeitmöglichkeiten gebe und die engsten Kollegen oft arbeiten müssten, wenn er freihabe. Um Abhilfe zu



GIUSEPPE ANELLO SIZILIANER MIT FLAIR FÜR DAS GROSSE

Giuseppe Anello ist in der Stadt Catania auf Sizilien geboren und aufgewachsen. Seit mehr als zwanzig Jahren ist er auf Grossbaustellen im Einsatz. Der Baustellen-Elektriker ist stolz darauf, an einigen der grössten Autobahn- und Eisenbahnprojekte in Italien und der Schweiz mitgewirkt zu haben. Er interessiert sich für die Geschichte von grossen Bauwerken und kennt die Bedeutung der Gewerkschaften für die Verteidigung von hart erkämpften Rechten der Bergarbeiter.

AM VULKAN. Anello ist verheiratet und Vater von zwei Söhnen im Alter von 8 und 13 Jahren. Wenn er genügend Zeit zwischen seinen Arbeitsschichten in Airolo hat, kehrt er nach Sizilien zurück. Dort lebt er mit seiner Familie in Piano Tavola an den Hängen des Ätna. Er liebt sein Land – «auch wenn ich merke, dass viele Dinge in Sizilien nicht funktionieren».

schaffen, hat die Unia vorgeschlagen, dass ein Raum auf der Baustelle als Fitnessraum genutzt wird. Aber gegen das Heimweh während der langen Pausen würde auch das nichts nützen.

In der Regel lieben die Tunnelarbeiter ihre Arbeit. Anello ist keine Ausnahme. Doch die Bergleute wollen nicht auf ihr Familienleben verzichten. Für Anello ist das Wiedersehen mit seiner Familie ein sehr wichtiger Teil seines Lebensstils: «Wenn ich nach Hause komme, sitze ich sicher nicht herum. Es

gibt immer etwas zu tun.» Wenn seine Frau und die Kinder freihaben, unternehmen sie gemeinsame Ausflüge in Sizilien. Anello weiss, dass es für seine Söhne nicht leicht ist, so häufig von ihrem Vater getrennt zu sein: «Als Sohn litt ich darunter, dass mein Vater so oft abwesend war. Aber ich habe auch verstanden, dass es ihm wichtig war, so oft wie möglich zurückzukommen und bei uns zu sein. Die mangelnde Flexibilität des Seco ist für mich hier im Moment das grösste Problem.»



GROSSE BAUSTELLE, GROSSE GERÄTE: Giuseppe Anello muss dafür sorgen, dass alles immer mit Strom versorgt ist. Das Bild links zeigt übrigens nicht die zweite Gotthardröhre, sondern den Zugangsstollen.

FOTOS: KEYSTONE (L.), MATTIA LENTO

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion: Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darjaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Mattia Lento, Regula Rytz, Clemens Studer, Jakob Tanner, Jean Ziegler, Noémie Zurlinden. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseller@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.